

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelbete Kolonne ober oder unter 40 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Wg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis dreimonatlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er scheint täglich außer Montags.

Nach dem Kampfe.

III.

Als der Reichstag am 14. Oktober wieder zusammentrat, waren kaum hundert Mann im Sitzungssaal anwesend. Und in dieser Besetzung sollte sich das Bild bis zum fünften Akt des Schauspiel nicht verändern. Die Privatwohlfahrer des Prototypers, die die Mehrheitsabgeordneten für die möglichst rasche Erledigung eines bestimmten einträglichen Gesetzes bezahlten, hatten den Beutel noch nicht aufgehoben. Vor leeren Bänken verhandelte man über Petitionen, vor leeren Bänken nahm man tags darauf die Beratung der socialdemokratischen Arbeitslosen-Interpellation dort auf, wo man sie vor neun Monaten liegen gelassen hatte. Sodann brach man die Debatte wieder ab, um höhere Schichten der Arbeitslosen mit Goldbescheiden zu bewohlfahrern.

Am 16. Oktober mußte noch eine Interpellation betreffend die Preisnot unerledigt aus dem Saal geräumt werden, und es begann die zweite Lesung des Tarifgesetzes. Eine agrarische Knüttelgarde, die auf ein gegebenes Zeichen beschlußfähig zu machen hat, wird im Restaurant mühselig zusammengehalten. Es beginnt die Debatte über die Minimalzölle auf Roggen, Weizen, Hafer und Gerste. Sie dauert sieben Tage und wird vielfach aufgehalten durch die Wiederholung jener agrarischen Scheinforderungen, die dann in der dritten Lesung aufgegeben wurden. Fünf volle Tage wurden auf die Beratung der Minimalzölle auf Pferde und Vieh verwendet, obwohl die Drahtzieher wußten, daß diese Minimalzölle in der dritten Lesung aus dem Gesetz beseitigt werden müßten. Keine Geschäftsführung kann diese Thatsache aus der Welt schaffen, daß die Mehrheit eine ganze Woche dafür geopfert hat, um ihren Unfall in einem einzigen Punkte vor den Wählern zu markieren. Es gehört eine arge Frivolität dazu, in der zweiten Lesung dreimächtig für Anträge zu reden, von denen man schon weiß, daß man sie in der dritten fallen lassen wird. Aber diese Frivolität wird zur gigantischen Frechheit, wenn man mit demselben Atem, mit dem man solche Zeitvergeudung trolcht, andre der Zeitvergeudung beschuldigt.

Kaum aber war die Debatte über die Viehzölle vor fast völlig leeren Bänken zu Ende geführt worden, so bewies die Mehrheit, daß sie nicht minder gewaltthätig als faul und gewissenlos sei. Am 29. Oktober wurde in die Geschäftsordnung die erste Besche geschossen. Man nahm der Minderheit das Recht, Abänderungsanträge zu stellen.

Als Versuchslaninchen gaben sich die um Wangenheim gerne her. Durch den Antrag des Centrumsabgeordneten Herold wurde über die Minimalzollanträge der äußersten Rechten ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen, ohne daß die Antragsteller selbst das Wort erhalten hätten. Was früher durch vorzeitigen Schluß der Debatte bewirkt worden war, wurde jetzt durch die neue Handhabung der Tagesordnungs-Anträge zum System ausgebaut. Indem sich später dieser Rechtsbruch mit der Gröberei verflocht, entstand ein Zustand, wie er wohl in keinem Parlamente der Welt erlebt worden ist. Jetzt kann jeder Minderheitsantrag, der der regierenden Clique unangenehm ist, binnen fünf Minuten abgehan werden. Auf Gegenrede braucht sich diese Clique nicht mehr einzulassen. Denn sie hat die Macht.

Gleichwohl war dieser erste Gewaltstreik so tölpelhaft erdacht, daß er entweder zum Nachtheil der Mehrheit ausschlagen, oder aber durch neue noch schlimmere Rechtsbrüche korrigiert werden mußte. Mehr als einmal bekam die Mehrheit die Unmöglichkeit ihrer Praxis am eignen Leibe zu spüren. Daß alle ihre Winkeladvokatorischen Kniffe zu ihrem eignen Nachtheil ausschlugen, verfestigte sie in helle Wut. Statt zu einer lokalen Auslegung der Geschäftsordnung zurückzukehren, verstrickte sie sich immer tiefer in das Netz der Schande.

Am 30. Oktober war durch die Annahme solcher Anträge, die die Regierung für unannehmbar erklärt hatte, die Verzerrung aufs höchste gestiegen. Als aber die Opposition aus dieser verzerrten Lage die einzig richtige Folgerung zog und die Verlangung der weiteren Beratungen beantragte, da röh der Horn den Hölzern die Maske vom Gesicht. In der dritten Lesung wurde sich schon alles finden, erklärte Graf Limburg-Sturum. Alles, was vorangegangen war, war also eine nichts-würdige, zeitraubende Komödie gewesen. Herr Richter aber behauptet, die „blindtappische, rein mechanische Obstruktion der Socialdemokratie“ sei die wirkliche Ursache der Verzerrung gewesen.

Als — nach den katholischen Feiertagen — am 4. November die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, war das Haus nicht beschlußfähig! Die Vollmehrheit, die wenige Tage zuvor den Beratungsantrag Barth mit Wutgeheul niedergestimmt hatte, war 85 Mann stark auf der Wühlfähr erschienen. Wieder Zeit verloren durch die Schuld der Mehrheit!

Wir warten nur auf ein beschlußfähiges Haus, um die Debatte schließen zu können,“ erklärte Tags darauf Graf Kanitz mit eignischer Offenheit. Es handelte sich um einen socialdemokratischen Antrag.

Am 7. November standen 14 die verschiedensten Gebiete behandelnde Bestimmungen des § 5 des Zolltarif-Gesetzes gemeinsam zur Beratung. Da eine sachliche Behandlung aller dieser Bestimmungen notwendig war, ein zweiter Redner unserer Fraktion nach der herrschenden Praxis aber keine Aussicht hatte, zum Worte gelassen zu werden, hielt Stadthager eine streng sachliche Rede, die etwas über vier Stunden währte. Inzwischen kam eine johlende tobende Menge aus den Respektationsräumen in den Saal gestürzt, die den Redner auch unangesehene Schlußrufe unterbrach. Inbes hatten sie nur gemeiniglich: eine Zustimmung ergab, daß das Haus — beschlußunfähig war.

Am selben Tage sah die Mehrheit ein, daß ihr kein Mittel zur Verfügung stand, eine Opposition zu hebeln, die den Boden strengster Gesehlichkeit nicht verließ. Und so beschloß sie, die Geschäftsordnung abzuändern. Diese Abänderung bestehender Normen nicht aus allgemeinen Gründen, sondern nur deshalb, weil sie nur einer augenblicklichen Mehrheit unangenehm waren, reißt sich den schlimmsten Akten der Gelegenheits-Gesehgebung an, die jemals dem Parlamentarismus entwürdig haben.

Der Vergehung der That stand aber die Geschäftsordnung selbst entgegen. Ein Beweis, daß diese jetzt zeretzte Geschäftsordnung noch nicht die schlechteste war. Man mußte sie erst tothschlagen, bevor man sie schänden konnte. Den Antrag Richters — denn um ihn handelte es sich zunächst — konnte die Mehrheit nur dadurch auf die Tagesordnung zwingen, indem sie ihm vor allen andern früher eingebrachten Initiativanträgen den Vorrang gab.

Am 11. November war das Haus abermals beschlußunfähig. Grund: das schöne Jagdwetter. Erst am 12. hatte man die erforderliche Mannschaft zusammengetrommelt, und Herr Richter übernahm auf Grund der mehr als „dreißigjährigen parlamentarischen Praxis“, deren er sich rühmte, die Führung im Kampfe gegen den § 35, der die Initiativanträge der Minderheit vor der Zurücksetzung schützen will. Es wurde beschlossen, am 18. November über die lex Richters zu verhandeln.

Am 14. November war der Gewaltstreik zur vollendeten That geworden, war die papierne namentliche Abstimmung durch Abwägung aller Abänderungsanträge zum Beschluß erhoben, und am 16. November war das Haus beschlußunfähig! In sicherer Erwartung dieser Thatsache hatte der Präsident ohnehin Petitionen auf die Tagesordnung gestellt. Um Zeit für die Verhandlung zu gewinnen und um dem Hause Gelegenheit zu geben, sich von seiner ständigen Beschlußunfähigkeit zu erholen, setzte der Präsident die Beratungen bis zum 20. November aus. An diesem Tage sowie am nächsten wurde die sachliche Beratung von der Mehrheit durch keine Geschäftsordnungs-Tumulte gestört. Am 22. — Sonnabend! — berieth man über eine socialdemokratische Interpellation.

Am folgenden Montag wurde die Beratung des Zolltarif-Gesetzes fortgesetzt. Das Haus war beschlußunfähig!

Am 27. November war die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes beendet. Bedenkt man die Wichtigkeit des Gesetzes, erwägt man, wieviel Zeit die Mehrheitsparteien selbst durch ihre beharrliche Schwänzeri und mit Beratung von Anträgen verbrocht hatte, die gar nicht ernst gemeint waren, nimmt man hinzu, was an Zeit durch Geschäftsordnungs-Debatten verloren ging, die erst durch das Vorgehen der Mehrheit notwendig geworden waren, dann wird man den Zeitraum vom 14. Oktober bis zum 27. November gewiß nicht übermäßig lang finden.

Trotzdem hatte sich die Mehrheit an allen Ecken und Enden blamiert. Ihre Gewaltthätigkeit, ihr schänder Rechtsbruch gingen nach am Tage, ihre Verwendungen und Durchbrechungen der Geschäftsordnung hatten die Spigen gegen sie selbst gekehrt. Die Dummheit wird im Gefühle ihrer Hilflosigkeit brutal.

Diese Leute hatten an Ehre und Gewissen nichts mehr zu verlieren, als sie sich zum äußersten, zum schändlichsten Streich entschlossen: zum Antrag Kardorff!

Die Verurteilung einer Gewerkschaft.

London, 20. Dezember. (Fig. Ver.)

Beim Oberhofgericht zu London kam gestern abends ein wichtiger Gewerkschaftsprozess zu Ende. Die Negregklage der Taff-Bale-Bahn-Gesellschaft wurde zu Ungunsten der organisierten Arbeiter entschieden. Die Bahngesellschaft schätzte den Schaden, den sie durch den Streik im Monat August 1900 erlitten, auf über 27 000 Pfd. Sterl. (560 000 Mk.), jedoch einigten sich beide Parteien vor Gericht, daß der vorsitzende Richter die Höhe des Schadenersatzes bestimmen sollte, was erst am Montag, den 22. Dezember, geschehen wird. Das Endergebnis, das übrigens von keiner principielle Bedeutung mehr sein kann, wird sofort nach Bekanntmachung den Lesern des „Vorwärts“ mitgeteilt werden. Unvergleichlich wichtiger ist der gestern abgegebene Schiedspruch der Geschworenen gegen die belagte Gewerkschaft.

Was bedeutet dieser Prozeß für das britische Gewerkschaftswesen?

Sehen wir vorerst, was der Thatbestand des Prozesses war. Auf der Eisenbahnlinie des Taff-Bale (Taff-Thalo) in Wales brach im Monat August 1900 ein Streik aus, an dem ungefähr 1300 Arbeiter beteiligt waren. Die Eisenbahn-Angestellten dieser Linie sind organisiert in der Railway Servants Union, deren Generalsekretär Mr. Richard Bell gleichzeitig den Wahlkreis Derby im Parlamente vertritt. Die unmittelbare Ursache des Streiks war die Maßregelung eines Signalwärters Mr. Ewington, der sich durch gewerkschaftlichen Eifer auszeichnete und für seine Organisation thätig war. Die Maßregelung war eine eigenartige und wirft ein gewisses Licht auf die vorsichtigen und klugen Methoden britischer Unternehmer. Mr. Ewington wurde veretzt, und zwar auf einen besser bezahlten Posten, wo ihm aber die Gelegenheit zu gewerkschaftlicher Thätigkeit genommen war, denn der Posten war ziemlich isoliert. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte war dies ohne Zweifel eine Maßregelung, dagegen konnte das Publikum darin nur eine Beförderung in einen höheren Posten erblicken. Ewington lehnte die ihm angebotene Beförderung ab und wollte in seiner alten Stellung bleiben. Die Gesellschaft berief sich auf die bekannte Parole, daß sie „Herr im Hause“ ist, und stellte Ewington vor die Alternative der Entlassung. Daraufhin brach der Streik aus; bei einer Anzahl von Arbeitern, die eine vierzehntägige Kündigung einzureichen hatten, bedeutete der Streik einen Kontraktbruch. Es war also ein von den Arbeitern selbst unter-

nommener Schritt, ohne jede Einwirkung von Seiten der Gewerkschaftsbeamten. Erst nachdem der Streik ausgebrochen war, traten die angestellten Beamten in Aktion, um die Bewegung zu leiten. Der lokale Führer war ein gewisser Mr. Holmes, der bald an die Exekutive, d. h. an Mr. Bell nach London über den Ausbruch des Streiks berichtete und um Geldunterstützungen ersuchte. Diese wurden ihm bewilligt. Mittlerweile wurde die Taff-Bale-Bahnlinie mit Pickets (Streikposten) scharf besetzt, die den Verkehr zum Stillstand brachten. Das Picketing war nichts weniger als friedlich, aber es hatte keinen andern Charakter als das Picketing bei andern Streiks in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten. Die Arbeitswilligen wurden gezwungen, sich dem Ausstande anzuschließen, und wo Ueberredung oder Geld nicht halfen, da wurde auch zur Gewalt gegriffen. Erst die Furcht vor körperlicher Beschädigung hielt die Arbeitswilligen in Schranken. Wie gesagt, das war nichts Neues. Aber so lange das britische Publikum dem Gewerkschaftswesen freundlich gegenüberstand, sah es in dieser Methode nichts Verwerfliches. Der bedeutendste englische Jurist und Vordichter Lindley sagte im Jahre 1896 in dem Gewerkschaftsentscheid in Sachen Lyons gegen Willins: „Kein Streik kann wirkungsvoll gemacht werden, wenn sich die Pickets innerhalb des gesetzlichen Rahmens halten“. War nun der Streik legal, so mußte man seine Methoden billigen. Und man hätte sie thatsächlich bis zum Jahre 1900 gebilligt. Ueberhaupt darf man sagen, wenn der Brit ordnungsgemäß und gesehliebend ist, so nur, weil die Ordnung und die Gesege nicht allzu enge gezogen sind. Nach britischen Begriffen sind Gesege da, um freizeitlich leben zu können, und nicht etwa, um der Polizei und den Richtern Gelegenheit zu geben, die Bürger zu maltrahieren.

Dies war wenigstens bis zum Jahre 1900 der Fall. Die Taff-Bale-Pickets thaten ihre Pflicht nach den gewöhnlichen Gewerkschaftsmethoden. Mr. Bell erschien ebenfalls auf dem Streikgebiet und versuchte den Ausstand beizulegen. Aber die Bahngesellschaft — im Bewußtsein ihres Herrenhums — wandte sich an den Richter um einen Einhaltsbefehl gegen die Pickets. Richter Jarwell kam ihrem Ansuchen nach und sprach gleichzeitig den Grundsatz aus, daß die Gewerkschaft kooperativ für die Zweierhandlungen verantwortlich ist. Mit der Unmöglichkeit des energischen Streikpostens brach der Ausstand bald zusammen. Die Arbeiter nahmen ihre Beschäftigung wieder auf, wofür die Gesellschaft sich verpflichtete, die Pickets nicht zu belangen. Der Streik war wohl zu Ende, aber er hatte ein ganz neues Princip in das Gewerkschaftsrecht gebracht. Bis zum Entschiede des Richters Jarwell waren für den durch den Streik verursachten Schaden nur diejenigen Personen verantwortlich, die sich Ungehorsamkeiten zu Schulden kommen ließen; die Gewerkschaft als Ganzes konnte nicht zur Verantwortung gezogen werden; und da die einzelnen Arbeiter nicht zahlen konnten, so hatte auch das Kapital sein Recht verloren. Nach dem Entschiede Jarwells sollte die Gewerkschaft für die Ungehorsamkeiten einzelner Gewerkschaftsvertreter aufkommen. Und die Gewerkschaft hat eine Kasse und kann zahlen. Das Kapital sah sich plötzlich in den Stand gesetzt, die Gewerkschaften finanziell zu ruinieren, d. h. ihnen den Garans zu machen, denn ohne Geld keine Organisation und kein Streik, und ohne die Furcht vor einem Streik, keine Konzeffionen an die Arbeiter.

Die Gewerkschaft der Eisenbahn-Angestellten appellierte an die zweite Instanz, den Master of the Rolls, der das Urteil Jarwells umstieß, und zu der bis dahin geltenden Praxis zurückkehrte, worauf die Bahngesellschaft an die Vordichter appellierte. Am 22. Juli 1901 stellten sie das Urteil Jarwells wieder her, das hierdurch für alle Instanzen rechtsbindend wurde. Noch mehr: es ist einem Gesege gleich zu betrachten, bis es durch ein vom Parlamente angenommenes neues Gesege beseitigt wird. Es ist also die parlamentarische Aktion, die in England die oberste Instanz bildet. Allein die britischen Arbeiter sehen dies noch nicht ein.

Nachdem die Bahngesellschaft im Besitze des Lord-Entschides war, reichte sie die Negregklage gegen Bell und Genossen als Vertreter der Gewerkschaft ein, die am 3. Dezember zur Verhandlung kam und gestern mit einer Verurteilung der Gewerkschaft abschloß. Die Kläger behaupteten, die Angestellten hätten sich in bössartiger Weise verschoren, die Gesellschaft zu schädigen. Im englischen Gewerkschaftsrecht spielt die Verschöderung dieselbe Rolle wie in Deutschland die Erpreßung. Dieses Ziel wäre ferner durch ungesetzliche Mittel: Kontraktbruch und gewaltthätiges Picketing erreicht worden. Diese Handlungen verstößen gegen das Verschöderungs- und Eigentumschutz-Gesege vom Jahre 1875, sowie gegen das Lord-Urteil vom 5. August 1901 in Sachen Quinn gegen Keatham. Schließlich beruhte die Klage auf dem Lord-Entschiede vom 22. Juli 1901.

Die Verteidigung suchte vor allem zu beweisen, daß der Streik ein spontaner Akt der Taff-Bale-Arbeiter gewesen sei; die Gewerkschaftsbeamten hätten ihn nicht organisiert; sie hätten auch die Gewaltmittel der Pickets nicht gebilligt; Bell wäre nach dem Streikgebiet gefahren, um den Ausstand friedlich beizulegen; schließlich sei im Lord-Entschiede noch lange nicht klar festgelegt, daß eine Gewerkschaft eine juristische Person bilde.

In seiner Belehrung an die Geschworenen schloß sich der Richter indes den Darstellungen der Kläger an und erklärte, daß auf Grund des Lord-Entschides vom 22. Juli 1901 eine Gewerkschaft als eine Art Korporation zu behandeln sei. Er legte sodann den Geschworenen drei Fragen vor:

1. Haben sich die Angeklagten verschoren, die Kläger durch ungesetzliche Mittel zu belästigen und zu schädigen?
 2. Haben sie die Arbeiter überredet, ihre Verträge zu brechen?
 3. Haben sie die ungesetzlichen Mittel bei der Durchführung des Streiks autorisiert oder unterstützt?
- Alle drei Fragen wurden von den Geschworenen bejaht. Die Gewerkschaft ist hiermit verurteilt zur Zahlung des Schadenersatzes,

dessen Höhe vom Richter am nächsten Montag bestimmt werden wird. Selbstredend auch zur Tragung der Prozesskosten, die — beiseite gerechnet — sich auf 150 000 M. belaufen dürften.

Die verurteilte Gewerkschaft ist vorläufig entschlossen, Berufung einzulegen. Es ist indes sicher, daß das gefällte Urteil bestätigt wird.

Mit Ausnahme einiger wenigen radikalen Blätter jubelt die ganze Presse über diesen Schlag gegen den Trades-Unionismus. Gewiß, die verurteilte Gewerkschaft ist zu Boden gesunken. So schmerzhaft und gefährlich dieser Sturz ist, so wird die Reaktion dennoch nicht ihren Zweck erreichen. Was die ökonomische Waffe in den Händen der Arbeiter an Schärfe verliert, wird die politische Waffe gewinnen. Der Fehler des Trades-Unionismus war, daß er sich als Selbstzweck betrachtete, während er stets hätte eingedenk sein müssen, daß er nur ein Mittel ist. Sollte das gefällte Urteil wieder das richtige Verhältnis zwischen Mittel und Zweck herstellen, so wäre es kulturhistorisch der Kosten wert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Dezember.

Wucher-Pohn.

Einige Blätter teilen mit, daß im Bundesrat die Absicht bestehe, dem letzten Diätenantrag des Reichstags zuzustimmen. Die früheren Bedenken seien nunmehr zurückgetrieben und der Bundesrat werde mit großer Mehrheit beschließen, daß von Beginn der nächsten Legislaturperiode Anwesenheitsgelder an die Reichstags-Abgeordneten gegeben werden. Auch die „Post“, der die Diätenbewegung sehr zuwider ist, äußert die Meinung, es spreche die innere Wahrscheinlichkeit dafür, daß in der Diätenfrage in nächster Zeit etwas geschieht.

Die „Post“ fügt dieser Bemerkung hinzu:

„Daß der Bundesrat dem ihm vorliegenden Reichstags-Entwurf einfach zustimmt, will uns dagegen fraglich erscheinen. Eine andre Möglichkeit wäre, daß der Bundesrat seinerseits dem Reichstag eine in seinem Sinne umgestaltete Vorlage macht. Jedenfalls aber dürfte die Erlangung gewisser Kompensationen, wie wir früher ausführten, in der Frage noch eine Rolle spielen.“

Die „Kompensationen“ der „Post“ sind bekannt. Das Blatt möchte am liebsten als „Entgelt“ für Diäten die gänzliche Zertrümmerung des allgemeinen, gleichen, öffentlichen Wahlrechts. Mindestens verlangt es „keine“ Kompensationen wie: Bedingung längerer Aufenthalts zur Ausübung des Wahlrechts und Vereinfachung Altersgrenze.

Wir sind nicht geneigt zu glauben, daß die Regierungen in dieser Frage den Ratshlägen der „Post“ folgen werde. Wenn die Regierungen sich entschlossen haben, endlich von ihrem thörichten Widerstand gegen Reichstagsdiäten abzulassen, so werden sie sich denn doch wohl von der neuen, zehnfach schlimmeren Thorheit fernhalten, diese Gelegenheit zur Erregung neuer heftiger parlamentarischer Kämpfe zu benutzen. Diejenigen Parteien des Reichstages, die mit überwältigender Mehrheit die Diätenforderung beschließen haben, brachten zu gleicher Zeit aufs unabweislichste zum Ausdruck, daß sie sogenannte „Kompensationen“ keinesfalls dulden könnten. Es wäre auch gänzlich unverständlich, daß Parteien, die soeben in den Kollaps den verbündeten Regierungen die größten Gefälligkeiten erwiesen haben und sich insbesondere den Reichstagskanzler zum größten Danke verpflichtet haben, nur für die Erfüllung einer uralten und selbstverständlichen Forderung bereit sein sollten, Verschlechterungen des Reichstags-Wahlrechts zu bewilligen und die Wählermasse des deutschen Volkes schmählich zu verraten.

Das endliche Zugeständnis der Diäten — wenn die Meldung sich bestätigt — würde vielmehr offenbar den Dank bedeuten für die bis zur Aufopferung aller parlamentarischen Redlichkeit gesteigerte Treue und Hingebung des Centrums an das Volk, dessen Zustandelommen für die Regierung des Grafen Bälou eine Lebensfrage war. Das Centrum hat seit längeren Jahren im Reichstag die Führung des Diätenkampfes. Der letzte Beschluß des Reichstags vom 10. Mai 1901 beruht auf einem Antrag von Abgeordneten des Centrums und die Zustimmung zu diesem Antrage ist eine Anerkennung der besonderen Verdienste des Centrums, auf welche Anerkennung das Centrum nicht wenig stolz sein wird. Das Centrum gab den Regierungen so viel in Militär-, Marine- und Zollfragen, daß es wahrlich eine winzige Gegengabe ist, wenn seine alte Diätenforderung jetzt bewilligt wird.

Man hat gemeint, die Regierungen werde die Diätenforderung nicht bewilligen, weil dadurch der Reichstag von dem Uebel des schwachen Besuches befreit und so eine einflußreichere Stellung von dem Lande gewinnen werde. Aber die Regierungen haben erkannt, daß auch die größte Scheu vor demokratischen Institutionen keinen Anlaß haben kann, so gesinnungslosigen Parteien irgendwie zu misstrauen, die jetzt im Reichstag die fast uneingeschränkte Herrschaft üben.

Die Diätenforderung für die Reichstags-Mitglieder ist so alt wie der Reichstag selbst. Schon der Reichstag des Norddeutschen Bundes wollte Diäten beschließen und gab seine Forderung erst auf, als Bismarck sich heftig widerte. Im Laufe der Jahrzehnte hat dann der Reichstag sich sehr häufig mit derselben Angelegenheit befaßt und der Beschluß vom Mai 1901 war der zwölfte Beschluß auf Einführung von Diäten. Einmal hatte der Bundesrat diesen Beschluß in den Papierkorb geworfen.

Eine große Rolle in den Erörterungen über die Diäten spielte stets die Behauptung, daß man durch die Diätengeldzahlung die Socialdemokratie fördern würde. Man mußte aber längst zur Einsicht gelangen, daß die Diätenfrage gerade für die Socialdemokratie die gleichgültigste Sache der Welt ist. Es zeigte sich, daß die Socialdemokratie die einzige Partei ist, die keinerlei Schaden aus der Nichtzahlung von Diäten hat, indem die socialdemokratische Arbeiterpartei aus eignen Mitteln das gibt, was die Regierungen verweigern, und so stets die Möglichkeit hat, ihre Reichstagskandidaten ohne Rücksicht auf persönlichen Geldbesitz auszuwählen.

Mit der Entwicklung des Reichstages, mit der Zunahme der gesetzlichen Arbeiten, mit der dadurch bedingten Verlängerung der Sessionen wurde vielmehr die Diätenlosigkeit für fast alle andern Parteien außer der Socialdemokratie immer mehr unerträglich. Alle diese Parteien litten schwer unter der Unmöglichkeit, ihre Kandidaten lediglich nach sachlichen Erwägungen auszuwählen, sowie unter dem fortdauernden Fernbleiben des größten Teiles ihrer Abgeordneten selbst von sehr wichtigen Verhandlungen des Reichstages. Nur die Konservativen und die Freikonservativen blieben Gegner der Diäten; sie blieben Gegner, weil sie gerade die freie Auswahl von Kandidaten durch die Wählerschaft nicht wollten, weil sie fürchten, daß an Stelle der jetzigen Grafen und Barone leibhaftige Bauern und Handwerker in den Reichstag geschickt werden könnten. Deshalb bekämpften die Konservativen mit den widerwärtigsten Gründen die Einführung der Diäten. Noch im vorigen Jahre erklärte Herr v. Lewegow, der Reichstag würde durch Diäten auf „das niedrigste Niveau herabfallen“; er erklärte dies für dieselben Konservativen, die in den Landtagen sowie in andern Körperschaften, wo sie die Mehrheit oder die Alleinhegemonie haben, mit

Verzügen sich bezahlen lassen, auch wenn sie als Landräte bereits vom Staate ihr volles Gehalt beziehen.

Wenn jetzt der Bundesrat trotz des konservativen Widerstands dem Centrumsantrag zustimmen will, so zeigt dies, daß das Centrum diejenige Partei geworden ist, auf welche die Regierungen Rücksicht zu nehmen gezwungen sind, weil das Centrum sich hat bereit finden lassen, die reaktionäre Politik der Regierungen zu sichern und zu fördern. Es wäre darum gänzlich irrig, wenn man in der Diätenbewilligung die Bekehrung der Regierungen zu einer vollständigen Forderung erblicken wollte. Diese Bewilligung würde nur die Bekehrung des Centrums zur uneingeschränkten Reaktion bestätigen. Solchen Aeris laßt man gut und gern Diäten gewähren!

Der aus dem Antrag des Centrums hervorgegangene und vom Reichstag am 10. Mai 1901 mit 185 gegen 40 Stimmen beschlossene Bescheid lautet betr. Abänderung des Artikel 32. der Reichsverfassung hat folgenden Wortlaut:

Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar so lange der Reichstag verammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben, freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von zwanzig Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstages in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht.

Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages.

Die letzten Ausgleichsverhandlungen.

St. Wien, 21. Dezember. (Eig. Ber.)

Herr v. Szell, der ungarische Ministerpräsident, ist gestern mit seinem Finanzminister in Wien angekommen, und nun soll der sogenannte Ausgleich endlich und wirklich in Ordnung kommen. Es ist uns höchste Zeit, denn, wie Herr v. Szell gestern im ungarischen Abgeordnetenhaus mitteilte, der Handelsvertrag mit Italien wird von Oesterreich-Ungarn am 1. Januar gekündigt werden; die Fertigstellung eines neuen autonomen Zolltarifes ist also nicht zu umgehen und nunmehr eine wirklich dringende Aufgabe. Die Kündigung des Vertrages mit Italien hat keine andre Ursache als die bekannte Weinzoll-Klausel, jene Grenzbestimmung für italienische Weine, wonach Fahrwein aus dem italienischen Grenzgebiet statt der 20 Gulden Zoll, die Wein bei der Einfuhr nach Oesterreich zu zahlen hat, nur 3,20 Gulden (in Gold) bezahlen muß. Dieser Sonderzoll war Italien schon im Handelsvertrag vom Jahre 1887 zugestanden, wurde aber nicht aktiviert, weil Italien die Gegenbedingung, die Herabsetzung seines eignen Zolles auf 5,77 Kr., nicht erfüllt hatte. Oesterreich gewährte also ohne viel Bedenken die Konzession auch im Jahre 1891, doch schon im Jahre 1892 entschloß sich Italien zur Option, und seitdem ist die Einfuhr italienischer Weine nach Oesterreich sehr gestiegen, um allerdings die letzten zwei Jahre wieder etwas zu sinken. Die ersten Jahre hatte die Einfuhr für die einheimische Weinproduktion keine große Bedeutung, weil einesteils der italienische Wein für Verschnittzwecke nicht zu umgehen ist, andernteils die Produktion in Oesterreich-Ungarn durch die Reblausinfestation sehr gelitten hatte. Nachdem die Erholung eingetreten war — in Oesterreich wurden schon 1900 5,75 Millionen Hektoliter gegen 2,7 Millionen im Jahre 1897 produziert — wurde die Einfuhr aus Italien als unliebbare Konkurrenz empfunden und die agrarischen Kreise in beiden Ländern haben die Abschaffung dieser dem italienischen Weinbau so überlegen werden Begünstigung als erste Bedingung allen Vertragsverhandlungen mit Italien gemacht. Die Kündigung, die am 1. Januar 1903 von dem Minister des Aeußern notifiziert werden wird, erfolgt im Einverständnis Oesterreichs und Ungarns; nachdem beide Staaten Mitte des Jahres ihre Absicht, die Verträge zu kündigen, kundgethan haben, hätte freilich schon der Wille Ungarns allein genügt, das in dieser Frage die treibende Kraft ist. Die Kündigung muß schon am 1. Januar vollzogen werden, weil sonst am 1. Januar 1904 Frankreich dieselben Rechte zuwachsen würden, die heute Italien genießt. Frankreich hat auf sie in dem Vertrage vom Jahre 1896 nur bis zu diesem Termin verzichtet — gegen den Verzicht Oesterreichs, in Tunis irgendwelche Sonderrechte anzuknüpfen.

Mit der Kündigung des italienischen Vertrages kommt die ganze europäische Vertragspolitik ins Rollen. Die Kündigung Deutschlands erwartet man hier im Laufe des Monats Januar, und das Deutsche Reich wird das Signal geben für so ziemlich alle Vertragsstaaten. Oesterreich-Ungarn hat also größte Eile — sowohl zur Fertigstellung des Zolltarifes, der Voraussetzung aller neuen Verhandlungen, als zur Vereinigung der inneren Fragen, die, wie jüngst auseinandergelegt, dem Abschluß neuer Verträge vorangehen muß. Es ist die höchste Wahrscheinlichkeit, daß sich morgen beide Regierungen vergleichen und einigen, und die Gewißheit dieses Vergleiches kommt selbst der Umfand nicht beeinträchtigen, daß es vorher zu zwei Ministerreisen kommen kann. Nachdem die Regierungen Kocber und Szell zwei Jahre lang verhandeln, können die Verhandlungen auch nur von ihnen zu Ende geführt werden. Die Regierungen werden bald einig sein, aber die Parlamente? Das ist das ständige Fragezeichen der österreichischen Politik? —

Deutsches Reich.

Som Glend des deutschen Liberalismus.

Es ist kein günstiges Anzeichen für die Kraft und die Ausfichten einer politischen Partei, wenn ihre führenden Männer allzu oft und allzu dringlich warnende und mahnende Worte aussenden müssen. So sehr das mutige Wort Rommens den großen Historikerehrte, so sehr zwei weitere, soeben in die Öffentlichkeit getretene politische Manifeste ähnlicher Art ihre Verfasser ehren, so ist doch nicht zu verkennen, daß gerade diese aus Besorgnis geborenen Kundgebungen kein allzu günstiges Urteil über diejenige Richtung zulassen, der jene Besorgnis gilt.

In der „Kieker Zeitung“ veröffentlicht Dr. Barth einen offenen Brief über die Haltung, welche dem Liberalismus in den jetzigen politischen Kämpfen nothwendig, über das dringliche Erfordernis, daß der Liberalismus seine Frende gegen die Reaktion lehre und daß er sich nicht scheue, die Socialdemokratie in den Wahlkreisen, wo sie durch die Reaktion bedroht werde, zu unterstützen. Herr Dr. Barth sagt u. a.:

„Das eine liegt klar auf der Hand, daß in der praktischen Politik gegenwärtig die Hauptfeinde rechts von uns leben, die ganze reaktionäre Gesellschaft, die sich um den berüchtigten Antrag Kardorff gesammelt und damit den ungerechten und unbilligen aller Postulare durchgesetzt hat. . . In der politischen Bilanz unserer Reaktionen hat die Angst vor dem roten Gespenst von jeder den größten Aktivposten gebildet, und sie denken mit Schrecken daran, daß einmal das liberale Bürgerium die Angst abschütteln und sich auf seine wahren Interessen besinnen könnte. Nichts wäre ihnen andererseits erwünschter als die völlige politische Isolation der in der Socialdemokratie organisierten Arbeitermassen von der übrigen Bevölkerung. Nur dann hätte ja auch das Ideal des Herrn v. Krocber, wonach die Socialdemokratie nur noch Objekt der Gesinnung sein soll, Aussicht auf Erfüllung. Die Haltung der Reimungvereinigung in den jüngsten Kollapsen ist den Reaktionen gerade deswegen so unangenehm gewesen, weil sie die Politik der Isolierung der Socialdemokratie wirksam durchkreuzt hat. . . Unsere politischen Kämpfe drehen sich jetzt in Wirklichkeit nirgends um spezifisch socialistische Programmpunkte. Der Kollektivismus hat für unsere praktische Politik ebenso wenig reale Bedeutung wie die Frage, ob die Republik oder die Monarchie eine bessere Staatsform ist. In der praktischen Politik wird bei uns ernsthaft nur um die Durchführung liberaler

Forderungen gegenüber feudalistisch-reaktionären Bestrebungen gekämpft. So ist die liberale Fahne, die Leitende der Socialdemokratie vorangetragen wird. Liberale Forderungen, klar radikalisiert, sind von der Socialdemokratie aufgezogen und werden heute von ihr nachdrücklicher vertreten, als dies seitens der liberalen Parteien selbst geschieht. Die Heberziehungen des socialdemokratischen Radikalismus, soweit liberale Forderungen in Betracht kommen, sind daneben ohne ernste Gefahr, da für absehbare Zeit nur damit zu rechnen ist, daß im günstigen Fall die beschiedenen Forderungen des bürgerlichen Liberalismus zur Durchführung gelangen. . . In diese meine Auffassung richtig, so ergibt sich daraus ohne weiteres, was der Liberalismus zu thun hat, wenn er nicht auf jeden ernsthaften politischen Einfluß für die Folge verzichten will. Der Freisinn muß zeigen, daß er gewillt und befähigt ist, für die Durchführung wirklich liberaler Grundsätze in der praktischen Politik ebenso nachdrücklich einzutreten wie die Socialdemokratie. Nichts würde meines Erachtens bedauerlicher, ja kläglich sein, als eine Preisgabe des Kampffeldes an die Socialdemokratie. Der Freisinn hat die wichtige Aufgabe zu erfüllen, möglichst große Teile des Bürgeriums den liberalen Ideen zurückzugewinnen und das Bürgerium aus seiner politischen Schläfrigkeit anzurütteln. . . Wo immer anderwärts bei einer Stichwahl zwischen einem verächtlichen oder unerwünschten Reaktionsär und einem Socialdemokraten der Freisinn die Entscheidung zu geben hat, darf er meiner Ansicht nach nicht zaudern, für den Socialdemokraten einzutreten, ganz einzeln, wie sich die Socialdemokratie ihrerseits verhält.“

Es ist in diesem Augenblick nicht unsere Aufgabe zu zeigen, wie irrig die Ansicht des Herrn Barth ist, daß die Socialdemokratie heute in der Hauptsache nur liberale Forderungen vertrete, und die festgehenden Unterwürigkeit aufzuweisen, die uns auf vielen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens von der Partei des Herrn Barth trennen. Wichtig ist in diesem Augenblick nur das offenkundige Zugeständnis Dr. Barths, daß der Liberalismus bisher nicht seine Schuldigkeit that. Darum ruft der Führer der Freisinnigen Vereinigung das Bürgerium auf, sich aus seiner politischen Schläfrigkeit zu erheben und Seite an Seite mit der Arbeiterpartei die Reaktion zu bekämpfen.

Die deutsche Arbeiterpartei hat stets das Bürgerium, wenn es im Freiheit und Fortschritt kämpft, mit allem Nachdruck unterstützt und sie hat noch niemals einen liberalen Mann unterliegen lassen gegenüber einem konservativen Reaktionsär, soweit es in ihrer Macht lag. Aber die Arbeiterpartei hat wieder und wieder erleben müssen, daß das Bürgerium die politische Freiheit und die soziale Gerechtigkeit nicht nur nicht geschätzt, sondern im Grunde mit der Reaktion unerbötlich hat. Seit Jahrzehnten ist das deutsche Bürgerium mehr und mehr der Reaktion verfallen. Immer mehr sind die geringen Rechte eines aufrechten und freiheitsliebenden Bürgeriums zusammengeschmolzen und es ist schwerlich zu erwarten, daß die Bemühungen des Herrn Dr. Barth darin erhebliche Besserung bringen werden. Immerhin nehmen wir gern aufmerksam Anteil an der angekündigten Aufstellung des deutschen Bürgeriums!

Neben Dr. Barth erhebt in der „Post“ Jg. Professor v. Liszt seine Stimme. Er steht ungefähr auf dem gleichen Standpunkt wie Dr. Barth. Professor v. Liszt bebauert vornehmlich die Zerstückelung unter den Liberalen und mahnt von neuem an die Bildung einer „großen liberalen Partei, die den Kampf nach rechts führen soll, woher die schwersten Gefahren drohen, und sich nicht fürchten soll vor einem weiteren Anwachsen der Socialdemokratie.“

Aber Eugen Richter erklärt bereits die Idee der „großen liberalen Partei“ als ein Phantom. Er wehrt sich gegen die Zumutung, daß seine Partei in einen Verband eintreten solle, der nichts anderes sein sollte als „eine große Reaktion Barth“. Er zieht scharf die Grenzlinien, die ihn einerseits von der Freisinnigen Vereinigung, andererseits von der Socialdemokratie trennen.

Wart ist es eine durchaus richtige Unsinnsigkeit, die Socialdemokratie als Massenpartei der Arbeiter dem Liberalismus als Vertretung „des Gemeinwohles“ gegenüber zu stellen, aber darin stimmen wir ihm gern zu, daß wir an nichts weniger denken als eine Verwässerung der unüberbrückbaren Gegensätze zwischen dem kapitalistischen System und den Interessen der Arbeiter und der Kultur. Diese selbstverständliche klare Scheidung aber brauchte nicht zu hindern, daß bei der Auswahl des geringeren Uebels Socialdemokraten dem Liberalen den Vorzug geben vor dem Vertreter der uneingeschränkten Reaktion, wo den Wortführern und den Feinden des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Das Glend der deutschen Zustände liegt nur darin, daß ein irgendwie beträchtlicher ehrlicher Liberalismus kaum noch existiert. Und es ist zu beklagen, daß auch die weisichtigere Politik der Rommens und Barth und Liszt nicht den Erfolg haben kann, den sie guten Willens erstrebt. Zu spät! Zu spät! —

In den Spuren Krocbers wandelt nothgemäÙ der Graf Mirbach, der am letzten Donnerstag in Königsberg seinen Getreuen das Herz ausgeschüttet, der Herr v. Göttes Hilfe für eine neue — Justizhausvorlage an. Er bemerkte nämlich:

„Die Haltung der Socialdemokratie in den letzten Wochen aber sei eine Quittung an den Bundesrat für seine Stellungnahme zu dem Gesetz zum Schutze der Arbeitstwilligen (der sogenannten Justizhausvorlage), das seiner Zeit nur von den Konservativen unterstützt worden sei. Die Kaiserrede in Essen zeige den Weg, den man in Zukunft einschlagen müsse. Gott gebe unserer Regierung die nötige Kraft in den bevorstehenden Kämpfen!“

Es ist sehr ausfallend, daß der edle Graf die in Essen und Dresden verübete höhere Socialpolitik als die Politik der Justizhausvorlage erläutert. Der schlaue Mann aus der Werkstatt wird also nach der Auffassung Mirbachs als erste parlamentarische Aufgabe die Durchbringung einer neuen Justizhausvorlage zu bewerten haben.

Die Reichstagskammer. Nachdem sie die Wucherzölle des Antrages Kardorff geschluckt, gehen die Wanderredner des Bundes der Landwirte auf die Dörfer und verlangen mehr. Gegenwärtig veranfaßt man allenthalben in Deutschland Vertrauenskundgebungen für den Bund. Man hegt ein wenig gegen die konservativen Pflaumenweiden; aber diese Redereien sind nur äußerlich. Der Bund der Landwirte ist, wie einst die Antifeministen, nichts wie die verumrante Wahltruppe der Konservativen. Der häusliche Krieg verdient keine Beachtung. —

Ueber die Fortführung der Kropffschen Werke ließ sich der Kaiser am Montag von dem Geh. Kommerzienrat Hartmann-Dresden und dem Finanzrat Haug-Essen Bericht erhalten. —

Die durch das Octroiverbot betroffenen Städte werden, so wird uns aus Dresden telegraphiert, nach einer Mitteilung im Dresdener Stadtrat beim Bundesrat um eine Geldentschädigung zur Pensionierung von Steuerbeamten petitionieren. —

Der Ohrfeigen-Planck das Gesundheitsrückfichten und „wilt“ nicht mehr in Calbe-Afcherleben landieren. Hoffen wir, daß die Nationalliberalen des Kreises überhaupt nicht mehr in die Verlegenheit kommen, einen der igrigen in den Reichstag zu senden; der Wahlkreis gehört von Rechts wegen uns. —

Ober-Verwaltungsgericht gegen Kammergericht. Die in allen preussischen Provinzen erlassenen Oberpräsidial-Verordnungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage bestimmen gleichmäßig, daß öffentliche Versammlungen und Anzüge, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an bestimmten Feiertagen (Totensonntag, Bußtag, Karfreitag usw.) überhaupt nicht und an andern Sonn- und Feiertagen erst nach Beendigung der Zeit des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen. Auf Grund dieser Bestimmung verordnete es die Justizbürger Polizeiverwaltung, daß die Generalversammlung des ostpreussischen Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei am Sonntag, den 12. Januar 1902 bereits um 10½ Uhr vormittags begann, wie erst beabsichtigt war. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Siehe zu Justizburg, beachtete das Verbot und ließ die Generalversammlung erst nach der

Jetzt des Hauptgottesdienstes beginnen, klagte dann aber gegen die Polizeiverwaltung beim Bezirksausschuß, indem er die Rechtsgültigkeit der oben citierten Bestimmung der Oberpräsidialverordnung anfocht. Er machte geltend, sie verstoße gegen die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung und gegen das Vereinsgesetz. Es handele sich um eine Beeinträchtigung des gesetzlich gewährleisteten Versammlungswesens. Andere Bestimmungen der Verfassungsfreiheit, als sie das zur Ausführung der Verfassung erlassene Vereinsgesetz schaffe, wären unzulässig und darum ungültig. Der Kläger berief sich hierfür auf die Entscheidung des Kammergerichts vom 22. April 1901, worin ausdrücklich die Unzulässigkeit derartiger Bestimmungen, wie die hier angezogene, dargelegt und ausgeführt wird, daß sie eine verfassungswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit darstellen.

Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab und das Oberverwaltungsgericht bestätigte seine Entscheidung aus denselben Gründen. Die Beschränkungen von folgenden Erwägungen aus: Die Polizei sei in gesetzlicher zulässiger Weise vorgegangen, denn jene Vorschriften der Ober-Präsidialverordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonntage und Feiertage sei rechtsgültig. Nach Artikel 30 der preussischen Verfassung unterliege das Vereins- und Versammlungswesen der Regelung durch Gesetz namentlich im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Der Auffassung des Kammergerichts, wonach das Vereins- und Versammlungswesen ausschließlich seine Regelung durch das Vereinsgesetz erfahren habe, schloß das Gericht sich nicht an. Es nehme vielmehr an, daß Versammlungen auch sonst den allgemeinen Gesetzen unterliegen und daß auch die überall in Preußen auf Grund einer Kabinettsorder von 1837 bezw. in den neueren Provinzen auf Grund des Gesetzes vom 3. Mai 1892 erlassenen Ober-Präsidial- und Regierungsverordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonntage und Feiertage auf sie Anwendung fänden.

Majestätsbeleidigende Saftmädchen! Bürgerliche Blätter melden, daß in Jowraglow eine polnische Schülerin der zweiten Klasse der Mädchenschule Namens Skopek zu 14 Tagen Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Als anlässlich der Antwesenheit des Kaiserspaars in Posen in der Schule Broschen mit Bildnissen des Kaisers und der Kaiserin verteilt wurden, warf die Skopek die ihr übergebene Brosche zur Erde und zertrat sie.

Umständliche Kinder und schwache Greise werden gleichermäßen wegen Forderung der Majestät in den Kerker geworfen und die bürgerliche Welt bleibt stumm und stumpf bei solchem Verfall der deutschen Kaiserzeit!

Vorsicht! Aus Breslau wird uns berichtet: Wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem politischen Gespräch in einem Wirtshause, wurde der Schuhmacher Franz Kierig aus Bunzlau von der Rheinischer Strafkammer zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Näheres über den Zusammenhang der Beleidigung ist nicht zu erfahren, da die Verhandlung gegen den 43-jährigen Angeklagten unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. — **Grenzkommissar Rädler**, der eifrige Sozialistenverfolger Ober-Schlesiens, der in dem Prozeß wider unsere Genossen Morawski und Frau Golde eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, ist zum Polizeirat ernannt.

Keine fürstlichen Wohnfahrungen. Aus Rudolstadt wird berichtet, daß der von unsren Genossen gestellte Antrag, den Fürsten erlauben zu lassen, er möge in Rücksicht auf die schlechte Finanzlage 120 000 M. von der vorbestehenden Kameralrente, der Landesvertretung überweisen und darin willigen, daß die Spargasse für den Prinzen Sigis wegfallen, wurde abgelehnt.

Die Antwort der Bestie.

Eine demonstrative Kundgebung des arbeitenden Volkes war die am Sonnabend, den 20. Dezember, in Pforzheim veranstaltete Protest-Versammlung. Der geräumige Rosenkranzsaal erwies sich als viel zu klein. Nicht aufeinandergebrängt lauschten in gespannter Aufmerksamkeit — unterbrochen durch stürmische Beifalls- und Entrüstungskundgebungen — die Erschienenen den Ausführungen des Genossen Reichstags-Abgeordneten Adolf Ged, welcher in markigen Worten, gewürzt durch ägende Satire, die Staatsverbrechen und die Unterdrückung der Minorität durch die Mehrheit kennzeichnete. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche gegen das räuberische Vorgehen der Zollwächter stammenden Protest einlegt und der sozialdemokratischen Fraktion für ihr tapferes Verhalten wärmsten Dank und Sympathie ausdrückt. Die Versammlung wies ferner das Ansuchen, das Tischgespräch zwischen sich und der Sozialdemokratie zu zerbrechen, mit Entschiedenheit zurück. Mit einem begeisterten Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Eine kranke Kronprinzessin.

Das amtliche „Dredner Journal“ meldet am Montag aus Dresden: Die Frau Kronprinzessin hat in der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. in einem anscheinend krankhaften Zustande seelischer Erregung Salzburg plötzlich verlassen und sich unter Abbruch aller Beziehungen zu höchstehenden höchsten Angehörigen ins Ausland begeben. Am königlichen Hofe sind für diesen Winter alle größeren Festlichkeiten abgesetzt worden, auch der Neujahrsempfang wird nicht stattfinden.

Der Kronprinz von Sachsen hat vor einiger Zeit auf der Jagd den Fuß gebrochen und liegt noch krank in Salzburg. Die Kronprinzessin von Sachsen, Luise Antoinette Maria, ist eine österreichische Erzherzogin. Sie ist 1891 mit dem Prinzen Friedrich August vermählt. Der Ehe sind vier Kinder entsprossen.

Ausland.

Frankreich.

Rivelli, der Sekretär des Streikkomitees der Pariserer Seefleute, der wegen angeblicher Aufreizung in Verhaftet worden war, ist in Freiheit gesetzt worden. — Ein Kongreß der französischen Seefleute wird demnächst in Havre stattfinden; dort soll ein eventuell gemeinsames Vorgehen der Seefleute beraten werden.

Belgien.

Der Streit in den Steinbrüchen von Lefines dauert bereits zwölf Wochen. Dieser Tage hat der Unternehmer selbst Unterhandlungen an, wollte aber die von ihm eingeführten Lohnreduzierungen nicht rückgängig machen, so daß eine Einigung nicht erzielt wurde.

England.

Die Lösung des parlamentarischen Konflikts. London, 18. Dezember. (Eig. Ber.) Wie bereits mitgeteilt wurde, hat sich das Oberhaus bei der Beratung der Schuldenlast eine Vertagung der finanziellen Vorrechte des Unterhauses zu Schulden kommen lassen. Die Mehrheit der Lords gestattete es sich, die Reparaturkosten der Kirchenhäuser von der Kirche auf die Gemeinden abzuwälzen. Diese Abänderung wäre von vornherein verfassungswidrig gewesen, wenn nicht auf Antrag des katholischen Herzogs von Norfolk der Zusatz hinzugefügt worden wäre: „vorangesezt, daß dadurch den Gemeinden keine neuen Lasten auferlegt werden“. Der Zusatz ist entweder ein Konfession, da er den Bordenjah aushebt, oder aber er ist ein jesuitischer Trick, die Abänderung der Lords als finanziell harmlos erscheinen zu lassen. Gegen die Abänderung waren im Unterhaus die ganze liberale Partei und eine große Anzahl von Konservativen, so daß die Lords vom Unterhaus mit großer Mehrheit besiegt worden wären. Aber die katholische Kirche kam ihnen zu Hilfe. Sie gab der irischen Fraktion den Befehl, sofort nach London zu fahren und bei der Abstimmung antwefend zu sein. Dem die Amendements

der Lords mußten an das Unterhaus zur Beratung zurückverlesen werden. Da aber die Lords, etwa 50 an der Zahl, erschienen waren, um die Lords und die Bischöfe zu unterstützen, so wurde eine Verweigerung der Abänderungen sehr unwahrscheinlich. Die Liberalen setzten jedoch wenigstens durch, daß den Gemeinden das Recht zustehen soll, die Höhe der Reparaturkosten zu bestimmen. Auch in diesem Punkte stimmten die Lords gegen die Liberalen.

Während dieser Debatte gerieten der Premierminister Mr. Balfour und der Speaker (Präsident) in einen Konflikt. Um 9 Uhr abends beantragte Balfour Schluß der Debatte, worauf der Präsident antwortete, er könne diesen Antrag nicht akzeptieren. (Beifall der Opposition.) Balfour ließ seinen Antrag sofort fallen und die Debatte nahm ihren Fortgang.

Die britischen Liberalen sind selbstredend mit der Haltung der Lords sehr unzufrieden, jedoch sehen sie in ihr nur einen Grund mehr, Irland die Selbstregierung (home rule) zu gewähren, damit seine reaktionären Vertreter von der britischen Politik ferngehalten werden. Uebrigens ist die irische Fraktion wieder in sich gespalten, allerdings nur in rein irischen Fragen.

Dänemark.

Keine künstliche Zollmauer für die dänische Landwirtschaft. Im Landsting, dem dänischen Herrenhaufe, sitzen einige Großgrundbesitzer, die gesinnt sind wie die deutschen Agrarier, und sich, wenn sie nur die Macht hätten, gerne wie jene auf Kosten des arbeitenden Volkes bereichern würden. Sie bilden jedoch nur eine kleine Minderheit und die Masse der dänischen Landleute ist zu aufgellärt, um ihnen Heredesfolge zu leisten. Einer jener Herren, der Abgeordnete la Cour, richtete an den Landwirtschafts-Minister in der Landstings-Sitzung vom 17. Dezember die Frage: Welche Maßnahmen der Minister gegen die Einschleppung der Rotkrankheit durch ausländische Pferde ergreifen wolle. Der Redner klagte bitter über schweren Schaden, verursacht durch Einfuhr kranker Pferde aus Rußland und meinte, das Beste sei, die Einfuhr russischer Pferde überhaupt zu verbieten, jedenfalls aber sollten sie einer Quarantäne und Maleinprobe unterworfen werden. Jährlich würden 4200 Pferde eingeführt und die Kontrolle sei leider sehr oberflächlich. — Der Landwirtschaftsminister Ole Hansen sprach seine Verwunderung über die Interpellation aus und erklärte: Es müssen doch ganz besondere Gründe vorhanden sein, um solche Maßnahmen zu fordern. Das ist aber nicht der Fall. Nach den mit vorliegenden Berichten zu urteilen, ist der Gesundheitszustand unserer Haustiere recht zufriedenstellend.

Im Jahre 1902 seien fünf Ausbrüche der Rotkrankheit, wovon neun Pferde betroffen wurden, erfolgt. Wenn man bedenkt, daß die Rotkrankheit im Lande war, lange bevor russische Pferde eingeführt wurden, braucht man sich nicht zu beunruhigen. Für außerordentliche Vorregeln liegt kein Grund vor. — Der Abg. Alfred Hage, der bereits erwähnte Minister a. D., sprach im gleichen Sinne und führte weiter aus: „Es muß gesagt werden, daß ein Einfuhrverbot die kleinen Landwirte fühlbar schädigen würde, und dann muß man auch auf Repressalien des Auslandes gefaßt sein und diese könnten schädlichswahrscheinlich für unsere Pferde-Ausfuhr werden. Schließlich muß ich noch sagen, daß ich Gegner einer solchen künstlichen Zollmauer bin.“

Man wird sich erinnern, daß seiner Zeit im deutschen Reichstag — es war am 28. Oktober d. J. — der Graf Kanik gegenüber dem Dimeis Rebelis auf den günstigen Stand der dänischen, durch keine Rolle geschützten Landwirtschaft erklärte, daß Dänemark eine absolute Grenzsperr für Vieh durchgeföhrt habe, zwar nicht durch ein Gesetz, wohl aber durch Quarantänemaßregeln, die in ihrer Wirkung einer Grenzsperr gleichlämen.

Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, ersieht man aus dem Obigen.

Afien.

Ueber die „verbannten“ Bogenschützen Tung-fuh-siang und Tsan bringt wieder einmal eine Kunde nach Europa. Aus Shanghai wird nämlich der „Daily Mail“ gemeldet: Eine den „Koth China Daily News“ aus Schensi zugegangene Nachricht besagt, daß Tung-fuh-siang einen großen Vorstoß mit 10 000 Mann Truppen vorbereite; er laufe große Mengen Getreide und Pferdefutter an und stehe in beständiger Verbindung mit dem in der Provinz Kansu befindlichen Prinzen Tsan. 4000 Mann Truppen, die auf kaiserlichen Befehl aufgelöst wurden, seien unterwegs, um zu Tung-fuh-siang zu stoßen. Dem „Standard“ wird aus Shanghai gemeldet: Hier geben Gerüchte, Tung-fuh-siang plane die Vernichtung aller Ausländer in Schensi und Kansu und wolle sich der Hauptstadt von Schensi, Hsian-su, bemächtigen. Von fremdenfreundlichen Beamten in Kansu werde, heißt es, den Ausländern der Rat gegeben, die Provinz zu verlassen, da Unruhen bevorstünden.

Abzug der deutschen Truppen aus Shanghai. „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Gestern haben zwei Compagnien deutscher Truppen Shanghai verlassen; die eine geht nach Deutschland, die andre nach Kiautschou. Was die eine Compagnie in Kiautschou zu thun haben soll, ist nicht abzusehen. In Kiautschou sind bereits mehr als genug Truppen stationiert.

Afrika.

Aus der Kapkolonie. Aus Kapstadt meldet der „Manchester Guardian“, daß die Militärbehörden die Kennbeträge der Requisitionsscheine aus dem Boerenkrieg herabsetzen; unter den Farmern herrsche darüber Unwillen. Zugeständernemagen werde nach diesem Verfahren alles zu niedrig abgeschrieben. — Die Afriländer-Abordnung an den Kolonialsekretär Chamberlain bei seiner Reise durch die Kapkolonie werde aus zwei Mitgliedern der Legislatur bestehen, denen sich wahrcheinlich aus jedem Bezirk zwei Farmer anschließen würden. Sie würden sich darauf beschränken, Chamberlain die genaue Erfüllung der Friedensbedingungen und die Vermeidung von Eingriffen gegenüber den mit Selbstregierung ausgestatteten Kolonien zu empfehlen.

Venezuela.

Wilow über den venezolanischen Konflikt.

Nach einem Berliner Telegramm der „Associated Press“ äußerte sich der Reichskanzler Wilow kürzlich über die venezolanische Frage wie folgt:

Unter den deutschen Forderungen gegen Venezuela haben wir die aus den letzten venezolanischen Bürgerkriegen sich ergebenden vorangestellt. Diese Forderungen haben nicht den Charakter bloßer von der Republik auf geschäftlichem Wege eingegangener Schuldverpflichtungen, sondern erweisen aus Gewaltthaten, die gegen deutsche Staatsangehörige in Venezuela begangen worden sind, sei es durch Zwangsanleihen oder durch Verschlagnahme von Vieh ohne jede Verzählung oder durch Plünderung deutscher Häuser und Besitzungen. Für diese Gewaltthaten war keinerlei Abhilfe von der venezolanischen Regierung zu erlangen, da diese sich rundweg weigerte, die Frage durch diplomatische Verhandlungen zu regeln. — Infolgedessen war die kaiserliche Regierung zu ihrem äußersten Bedauern gezwungen, die Gelegenheit in ihre eignen Hände zu nehmen. Der erste aus Zwangsmäßnahmen gegen Venezuela gethane Schritte war die Verschlagnahme seiner Kriegsschiffe. Da diese Maßnahme keine unmittelbare Wirkung hatte, planen wir nunmehr die Blockade der venezolanischen Häfen.

Diese Blockade wird den Charakter einer Kriegsblokkade haben und daher keinen Unterschied hinsichtlich der Neutralität Neutralen machen. In dessen beabsichtigen wir nicht, eine formelle Kriegserklärung zu erlassen, da Deutschland und England für jetzt nur übereingekommen sind, die Häfte zu blockieren und keine weiteren Maßnahmen feindseligen Charakters gegen Venezuela zu ergreifen, außer im Fall eines unerwarteten Anlasses. Wir bedauern die Notwendigkeit einer Blockade und werden sicher Sorge tragen, daß durch dieselbe

dem neutralen Handel so wenig Unzuträglichkeit und Störung als möglich verursacht werden wird. Natürlich haben wir nicht die geringste Absicht, irgendwelche Gebiets-erwerbungen in Venezuela zu machen. In dieser Beziehung hat die Regierung der Vereinigten Staaten bereits vor Monaten von uns Erklärungen bestimmter Art erhalten.

Wir sind der Regierung der Vereinigten Staaten für die Mähe dankbar, die sie aufwendet, um eine Beilegung durch Schieds-spruch zu Stande zu bringen. Wir denken, daß man auf diesem Wege zu einer billigen Vereinbarung kommen dürfte.

Die Erklärungen Wilows enthalten in dem Teile, der von den Ursachen des Konflikts handelt, nichts, was nicht bereits in der deutschen Denkschrift über die venezolanische Affaire niedergelegt gewesen wäre.

Ein gewisser Widerspruch ist in den Darlegungen über die Blockade enthalten, die eine Kriegsblokkade sein soll, trotzdem man von einer Kriegserklärung absieht will. Es wäre sehr fraglich, ob unter diesen Umständen, falls nicht vor Inkrafttreten der Blockade die Angelegenheit einem Schiedsgericht überziewen würde, von den neutralen Mächten, namentlich der Union, diese „Kriegs“-Blockade, der keine Kriegserklärung vorhergehen soll, anerkannt werden würde. Widerspruchsvoll ist auch die Erklärung, daß zwar die Kriegsblokkade ohne Ansehen der unbeteiligten Mächte durchgeführt und dennoch dem neutralen Handel so wenig Schererei wie möglich bereitet werden soll. Wir hatten es also mit der Kriegsblokkade zu thun, die eigentlich gar keine ist, und obendrein mit einer Blockade, die den fremden Kommerz so wenig wie möglich stören will!

Ueber die Zerstörung der venezolanischen Schiffe hat Wilow sich vorsichtigerweise vollständig ausgesprochen. Diesen Akt zu beschönigen, wäre auch Herrn Wilow allzuschwer gefallen!

Die Verhängung der Blockade ist übrigens nur noch die obligate Rückzugslinonade gewesen, denn es kann jetzt als Gewißheit gelten, daß der so geräuschvoll begonnene Venezuela-Kreuzzug mit der

Annahme eines Schiedsgerichts

enden wird. Und zwar wird halbamtlich gemeldet, daß die deutsche Regierung sich gleich der englischen Regierung bereit erklärt habe, auf den Vorschlag wegen Einberufung einer Schiedsinstanz zur Beilegung ihrer Forderungen gegen die venezolanische Regierung einzugehen und dem Präsidenten Roosevelt das Schiedsamt anzubieten. Ueber die Vorbehalte, die sowohl die deutsche wie die englische Regierung hierbei zu machen habe, sei vorher unter beiden eine Verständigung erfolgt, und so werde die deutsche Note, deren Uebersetzung unmittelbar bevorstehe, in allen wesentlichen Punkten mit der englischen übereinstimmen. Der Vorschlag der Verbündeten, nach welchem Präsident Roosevelt als Schiedsrichter fungieren soll, ist nach einer „Reuter“-Mitteilung am Sonntag auch bereits Castro mitgeteilt worden. Dieser hat sich mit demselben einverstanden erklärt.

Roosevelt selbst soll seinerseits erklärt haben, daß er es lieber sehe, wenn die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werde, daß er aber schlimmstenfalls auch noch bereit sei, als ehrlicher Vorker zu fungieren.

Es ist also höchst wahrcheinlich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Schiedsrichtertolle übernehmen wird. Vermutlich werden dann die Vereinigten Staaten auch in irgend einer Form die Garantie dafür übernehmen, daß Venezuela seine Verpflichtungen erfüllen wird. Da die Finanzen Venezuelas aber bekanntlich außerordentlich kostlos sind, werden die Vereinigten Staaten sich für ihre Gefälligkeit in irgend einer Weise entschädigen lassen. Und man darf von vornherein überzeugt sein, daß Amerika nur gegen Bucherzinsen eine Bürgschaft übernehmen wird. Bereits hat ein einflussreicher amerikanischer Senator von der Abtretung der Insel Margarita gesprochen. Ob gerade diese Insel das amerikanische Kaufmann bilden wird, bleibt abzuwarten: so viel steht jedenfalls fest, daß der ganze Relations-Kreuzzug dazu dienen wird, der Monroe-Doktrin die nachdrücklichste Anerkennung zu verschaffen und Americas Einfluß auf Südamerika in einer Weise zu verstärken, wie es sich die Imperialisten der Union vor einigen Wochen selbst nicht hätten träumen lassen! Ein glorreicher Ausgang des Venezuela-Kreuzzuges!

Triumph Americas.

Diesem sieht auch die „Deutsche Tageszeitung“ voraus, die in ihrer Sonntagsnummer jammert:

„Ob nun aber die Blockade jetzt noch viel helfen wird? Starke Zweifel sind wohl erlaubt. Castro weiß, daß dies der letzte Trumpf ist, den die verbündeten Mächte gegen ihn auszuspielen haben. Denn sie haben ja erklärt, daß sie an eine Landung von Truppen, an eine Kriegsführung zu Lande, ja selbst nur an eine vorübergehende Besetzung venezolanischen Gebiets nicht denken. Wie sie zu dieser eigentümlichen Taktik gekommen sind, die äußersten Grenzen ihrer Aktion dem Gegner von vornherein bekannt zu machen, das wäre unbegreiflich, wenn man nicht wüßte, daß es aus Rücksicht auf das empfindliche Gemüt Onkel Sams geschehen ist. Die Sache liegt jetzt anscheinend so, daß es für die Lösung der venezolanischen Frage überhaupt nicht mehr auf die Aktionen der beiden verbündeten Mächte ankommt. Wenn Präsident Castro sich schließlich doch zur Erfüllung seiner Verpflichtungen bequemen sollte, so würde das nicht mehr aus Furcht vor den deutschen und englischen Kriegsschiffen, sondern aus Respekt vor den Wünschen der Washingtoner Regierung geschehen. Schon jetzt ist bei dem venezolanischen Unternehmen die deutsch-englische Aktion selbst in den Hintergrund getreten, das Hauptinteresse konzentriert sich auf das Verhältnis der beiden Mächte zu den Vereinigten Staaten. Dies sind jetzt der eigentlich handelnde Teil. Sie befehlen und verbieten, Deutschland und England führen nur aus, was ihnen in Washington — immer unter Berufung auf die Monroe-Doktrin — gestattet wird... So sehen wir, wie infolge des venezolanischen Unternehmens, allmählich ein Wettlauf der beiden Verbündeten um das Wohlwollen Onkel Sams zu entziehen droht, der vielleicht sogar mit einer vollständigen Anerkennung der Monroe-Doktrin durch beide Mächte enden könnte. Das hieße freilich wieder, um eines Augenblickserfolges willen die ganze Zukunft opfern. Aber was ist heute nicht möglich?“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter und Hausfrauen!

Wie vor jedem hohen Feste, so wenden wir uns auch diesmal wieder an Euch mit der Bitte, die Bäckergefallen in dem Bestreben, eine Freinacht zu erlangen, zu unterstützen. Das ist bisher mit Hilfe des Publikums am wirksamsten dadurch geschehen, daß es am 2. Feiertage keine Badware kaufte und den Bäckermeistern die Ware liegen blieb. Je mehr das gesamte Publikum, namentlich aber die Arbeiter und deren Frauen, diese unsere Bitte beherzigen, um so schneller wird in Zukunft den Bäckergefallen eine Freinacht gesichert sein. Darum ersuchen wir nochmals:

Kauft am zweiten Feiertag keine Badware!

Der Vorstand des deutschen Bäcker-Berbandes.
(Mitgliedschaft Berlin.)

Achtung, Metallarbeiter! Der Streit bei Sachmann dauert unverändert fort. Desgleichen bei Wolter, Müllerstraße. Die Sperr bei Eitner bleibt aufrecht erhalten.
Deutscher Metallarbeiter-Berband, Bezirksverwaltung Berlin.

Der Arbeitsmarkt in Berlin.

Nachdem die hiesige Gewerbe-Inspektion bei den Unternehmern eine Umfrage über die Lage der Industrie vorgenommen, wurde

Table with columns: Beruf, Beschäftigte Personen in denselben (1901, 1902), Zunahme/Abnahme der Beschäftigten, Die wöchentliche Arbeitszeit, Betriebe mit, Es arbeiteten wöchentlich weniger Stunden. Rows include Metall, Holz, Papier u. Leder, Bekleidung, etc.

Nach der Arbeitslosenzählung vom 1. Februar 1902 arbeiteten in den Berufen, auf die sich die Tabelle bezieht, 23 462 Personen mit verkürzter Arbeitszeit, bei der jetzigen Erhebung war diese Zahl auf die Hälfte reduziert.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 1. Februar 1902 20 427. Da sich die Zahl der Beschäftigten um rund 2900 vermehrt hat, so wäre die Zahl der Arbeitslosen um so viel geringer — unter der allerdings zweifelhaften Annahme, daß Ju- und Abzug daran nichts geändert hat.

Buchdrucker. Am 10. November 1902 waren von 7000 organisierten Personen 500 arbeitslos.

Zahararbeiter. Die Entlassungen in diesem Jahre sind nicht größere wie im Vorjahre. Es wird aber diesfalls schlechtes Material verarbeitet und dadurch die Leistungsfähigkeit beschränkt.

Maurer. Die Bauhätigkeit des Jahres 1902 war für Berlin recht roge. Nach der Baukontrolle gestaltet sie sich folgendermaßen: 1897 1898 1899 1900 1901 1902

Zimmerer. Auch bei den Zimmerern war die Geschäftslage im Sommer gut, weshalb auch ein bedeutender Zugang zu verzeichnen war.

Töpfer. Bei den Töpfern veränderte sich die Lage des Arbeitsmarktes gegen das Vorjahr nicht. Da der Monat November einer der günstigsten Geschäftsmonate in dieser Branche ist, waren Arbeitslose nicht zu verzeichnen.

auch die Berliner Gewerkschaftskommission zu einer Aeußerung aufgefordert. Die Kommission hat nun ihrerseits eine Erhebung veranstaltet, die teils durch Fragebogen vorgenommen wurde, teils sich aber aus Mangel an Zeit auf die Einholung von Situationsberichten beschränken mußte.

Table with columns: Beruf, Beschäftigte Personen in denselben (1901, 1902), Zunahme/Abnahme der Beschäftigten, Die wöchentliche Arbeitszeit, Betriebe mit, Es arbeiteten wöchentlich weniger Stunden. Rows include Schneider, Bäcker, Brauer, etc.

Schneider. In der Herrenmähbranche, der Damenmäh- oder Kostümbbranche und der Wolltärnchenbranche ist der Beschäftigungsgrad derselbe wie im Vorjahre.

Bäcker. Durch das Abstoßen von Arbeitskräften in den andern Industriezweigen ist die Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe wesentlich gestiegen.

Brauer. Im Brauergewerbe ist die Lage nach dem Bericht der Berliner Arbeitsnachweis-Statistik günstiger geworden.

Schließlich wäre noch anzuführen und kann als weiterer Beweis dafür dienen, daß die Zahl der Arbeitslosen sich nicht wesentlich vermindert hat, die Berliner Arbeitsnachweis-Statistik.

Table with columns: bei den Tapezierern, Malern, Möbelpolierern, Gärtnern. Values for 1902 and 1901.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Im Königreich Sachsen: In Neu-Gersdorf in der Lausitz wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in sämtlichen vier Klassen gewählt.

In Waltershausen (Thüringen) wurden sämtliche fünf zur Wahl stehenden Mandate von unsern Parteigenossen erobert, die dadurch jetzt die Hälfte aller Mandate beherrschen.

In Johnsdorf bei Graz wurden alle acht sozialdemokratischen Kandidaten gewählt und in Königsfeld bei Brann einer.

Partei-Prese. Von dem neuen nordbayerischen Parteiblatt, der „Frankischen Volkstreibe“, die vom 1. Januar 1903 an erscheint, wurde am Sonntag in den Bahnhöfen Bayreuth, Würzburg, Schweinfurt, Bamberg, Kronach, Lichtenfels und Forchheim-Pegnitz eine Agitationsnummer verbreitet.

Ueber das Begräbnis Julius Popp's wird uns aus Wien geschrieben: Unter großer Teilnahme der Wiener Arbeiterschaft ist heute Julius Popp zu Grabe getragen worden.

Wien hatten Kränze gesendet; man zählte ihrer 170, die in drei Wagen dem Sarge folgten. Auf das große Totenfeld im Südosten der Stadt, den Centrafriedhof, geleitete den treuen Genossen die ganze nähere Gemeinde der Partei; den langen Zug bildeten über 60 Wagen.

Vollprelliges, Gerichtliches usw.

Der Redakteur des „Volksblattes“ für Halle, Genosse Däumig, ist das Opfer einer leichtfertigen Verichterstattung geworden. Man hatte ihm mitgeteilt, daß in einer Gasse ein Fabrik eine Sammlung zu einem Jubiläumsgeschenk für einen Meister veranstaltet worden war.

Ueber den Gang der Verhandlung liegt uns noch kein Bericht vor. Das Urteil wurde uns telegraphisch gemeldet und wir wissen deshalb auch nicht, womit das Gericht die trotzallem ungewöhnlich harte Strafe begründet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

M. Sch., Bankov. Im Verlage Berlin SO., Raumstraße 66. Höheres erfahren Sie dort.

S. G. 71. Die können Ihrem Wunsch nicht entsprechen. G. Dreiser. 1. Na. 2. Wenn Sie beweisen können, daß ausdrücklich vereinbart ist, spätestens am Abend des 29. ist abzuholen, so sind Sie nicht zahlungspflichtig.

U. 2. Der Alimentenantrag verjährt in 4 Jahren nach Fälligkeit der betreffenden Rate n. Es scheint demnach Verjährung für die ersten 4 Jahre vorzuliegen.

U. 2. 3. Die Ehegatten sollen großjährig sein und sich im Besitz der bürgerlichen Eherechte befinden. Es können die Jungen verheiratet oder unverheiratet, männlich oder weiblich, deutsch oder ausländisch, mit den Verlobten oder mit dem Standesbeamten oder untereinander vermandt oder verlobt sein.

U. 2. 3. Die Ehegatten sollen großjährig sein und sich im Besitz der bürgerlichen Eherechte befinden. Es können die Jungen verheiratet oder unverheiratet, männlich oder weiblich, deutsch oder ausländisch, mit den Verlobten oder mit dem Standesbeamten oder untereinander vermandt oder verlobt sein.

U. 2. 3. Die Ehegatten sollen großjährig sein und sich im Besitz der bürgerlichen Eherechte befinden. Es können die Jungen verheiratet oder unverheiratet, männlich oder weiblich, deutsch oder ausländisch, mit den Verlobten oder mit dem Standesbeamten oder untereinander vermandt oder verlobt sein.

U. 2. 3. Die Ehegatten sollen großjährig sein und sich im Besitz der bürgerlichen Eherechte befinden. Es können die Jungen verheiratet oder unverheiratet, männlich oder weiblich, deutsch oder ausländisch, mit den Verlobten oder mit dem Standesbeamten oder untereinander vermandt oder verlobt sein.

U. 2. 3. Die Ehegatten sollen großjährig sein und sich im Besitz der bürgerlichen Eherechte befinden. Es können die Jungen verheiratet oder unverheiratet, männlich oder weiblich, deutsch oder ausländisch, mit den Verlobten oder mit dem Standesbeamten oder untereinander vermandt oder verlobt sein.

Briefkasten der Expedition.

Weibl. Adressen erhalten. Besten Dank.

Fischgerichte für Weihnachten!

Advertisement for fish dishes. Includes sections for Lebende Karpfen, Cabliau, Seelachs, Adlerlachs, Seehecht, Prima Tafelzander, Austern, Delikatessen, and An Räucherwaren. Lists prices and contact information for Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

... den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 23. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Das Räuberthum von Delbronn.
Neues Cyren-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Donna Anna.
Berliner. Maria und Magdalena.
Leffing. Geschlossen.
Central. Madame Sherry.
Neues. Pastor Hansen.
Neudenz. Die beiden Schwestern.
Westen. Die Brautlosterie.
Thalia. Die bösen Mädchen.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater).
Renaissance.
Schiller. N. (Friedrich-Bilhelm-Häufliches Theater). Ein Ehrenwort.
Belle Alliance Theater. Cupido u. Co. Am Telephon.
Carl Weiss. Geschlossen.
Luisen. Der Rattenfänger von Hameln.
Casino. Berlin N. — Berlin W.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Wunder Theater. Epidemie. — Liebesfisch.
Kleines. Kaufsch.
Palast. Geschlossen.
Trianon. Die Liebeschaukel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Stiehl. Specialitäten.
Wassage Theater. Specialitäten.
Wassage-Panoptikum. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Geschlossen.
Invalidentrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.
Festliche und Belvedere.

Central-Theater

Dienstag, 23. Dez.: 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsener 1 Kind frei:
Schneeweissen und Rosenrot.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Feltz.
Mittwoch, 24. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr (halbe Preise, jeder Besucher ein Kind frei): Schneeweissen und Rosenrot.
In allen folgenden Abenden:
Madame Sherry. 1. Feiertag, nachmittags 3 Uhr; Die Geisha. 2. Feiertag, nachmittags 3 Uhr; Die Fledermaus. 3. Feiertag, nachmittags 4 Uhr; Schneeweissen und Rosenrot.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 42/43. Anfang 7 1/2 Uhr.
Novität! Zum erstenmal: Novität!
Die bösen Mädchen.
Große Ausstattungsdarstellung mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Donnerstagnachmittag 3 Uhr: Maria Madalena. Freitagnachmittag 3 Uhr: Die Räuber. Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Ehrliche Arbeit. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Lorbeerbaum und Bettelestab.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Dienstag u. Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Nur Feier des 25jährigen Bestehens des Theaters: Prolog gesprochen vom Dir. Carl Weiss.
Hierauf zum erstenmal:
Die letzten Tage der Antillen
Großes romantisch-phantastisches Ausstattungsspiel in 5 Akten (9 Bildern) von Ernst Ritterfeld.
Anfang 8 Uhr. — Freitag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Von 8—9 Uhr: Specialitäten.
Um 9 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Operette von Paul Lincke.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Am 26. u. 28. Dezember u. 1. Januar, 3 Uhr: Nachmittags-Vorstellungen:
Frau Luna.
Ermäßigte Preise.
Vorverkauf täglich im Theater von 10—2 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Heute und morgen: Geschlossen.
Am 1. und 2. Feiertag:

Das Land Tirol.

Sternwarte
Invalidentrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Weihnachts-Ausstellung
m. reizenden Ueberraschungen für die Kinderwelt wie für Erwachsene!
Kasperl-Theater. Lebende Bilder. Grosses Konzert.

Passage-Theater.

Anfang: Wochentags 8, Sonntags 3 Uhr.
Das Elite-Weihnachts-Fest-Programm.
Liane Leischner
in ihrem Repertoire.
Bajerri als Beethoven
sensationsvolle musikalische Recitationen.
Kinematograph:
Krupps Leichenzug.
14 araklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

Heute, abend 7 1/2 Uhr, zum erstenmal:
Cupido & Co.
Schwanz mit Gesang und Tanz in 3 Akten und einem Vorspiel.
Hierauf zum erstenmal:
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr.
Rausch.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Morgen: Geschlossen.

Cirkus Schumann

Dienstag, den 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Ausserordentlich grosse Vorstellung
Das phänomenale Programm 12 Nummern.
Um 9 1/2 Uhr: Das Tagesgespräch von Berlin.
Looping the Loop.
Die grösste Sensation
Um 9 1/2 Uhr:
Die reizende Pantomime:
Die lustigen

Heidelberger.

Am 25., 26., 27., 28. Dezember, je
2 Fest-Vorstellungen 2
Neu! Nachmittags: Neu!
Pierrots Weihnachten.
Grosse Weihnachts-Kinderpantomime in 2 Akten und 2 Tableaus.
150 Mitwirkende.
In beiden Vorstellungen: **Looping the Loop.**
Avis: Des grossen Andranges wegen sind Billets zu den Feiertagen ab jetzt an der Kasse zu haben.

W. Noack Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute: Geschlossen.
Am 1. Feiertag: Cithara. Am 2. Feiertag: Robert und Vertram. Am 3. Feiertag: Robert und Vertram.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Schiller-Theater N. (Friedrich-Bilhelm-Häufliches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Stoppel-Güld.
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstagnachmittag 3 Uhr:
Jugendfreunde.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Bilhelm-Häufliches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Ein Ehrenwort.**
Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben.
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstagnachmittag 3 Uhr:
Sappho.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage:
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)
Schwanz in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Luisen-Theater.

Der Rattenfänger von Hameln.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Geschlossen. Donnerstag, 3 Uhr: Maria Stuart. 8 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln. Freitag, 3 Uhr: Die Räuber. 8 Uhr: Robert und Vertram. Sonnabend, 3 Uhr: Deborah. 8 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln.

Buntes Theater

Röhmische Strasse 68. Anfang 8 Uhr.
Z. erstmalig: **Epidemie.** Komödie in 1 Akt von Octav Mirbeau.
Zum erstenmal: **Liebesold.** Komödie in 3 Akten von Oscar Méténier. Deutsch v. M. Schönan.
Morgen Mittwoch: Geschlossen.

Cirkus Busch.

Dienstag, den 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
Die Elefantenherde im Urwald. Die Opernsängerin am Trapez.
Morgen, Mittwoch: Geschlossen.

Bernhard Rose-Theater

Sabstr. 58.
Donnerstag, 25. (1. Feiertag): Zwischen zwei Herzen.
Freitag, 26. (2. Feiertag): Adam und Eva.
Sonnabend, 27. (3. Feiertag): Graf Iron.
Sonntag, 28. Dez.: Mutterfegen.
Mittwoch, 31. Dezember (Silvester): Wunder Theater.
Nachher: Gr. Silvester-Ball.

Steidl-Theater

Dramen- und Operntheater an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
(Fritz Steidl, Schauerl, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel.)
Neu: Am Weihnachtabend. Lebensbild von Fritz Steidl.
Eintritt 50 Pf. (Vorpost. 40 Pf.) bei Röhls, Friedrichstr. 115.

Kolossaler Erfolg!

Geschwister Anderson, Fuss-Equilibristinnen.
Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette.
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch.
Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit. Russische Gesangs- und Tanz-Scenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Perzina's dressierte Affen.
Die 7 Allison's, Akrobaten.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bicycle-Rennen.
Eugenie Fougère, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Barthe, Ballett-Divertissement.
„Biograph“.

Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Feen-Palast. Wegen umfassender Vorbereitungen zu den Feiertagen bleibt das Theater bis inkl. 24. Dezember geschlossen.
Am 25., 26. u. 27. Dezember:
Grosse Fest-Vorstellungen
d. vergl. Riesen-Dezember-Programms durchweg für Berlin neue
Schau- u. Kunstnummern.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Einladung zum 31. Dezember 1902
Grosses Silvester-Familien-Kränzchen.
Tanz frei.
Ehren- und Vorzugsarten günstig.

Sanssouci

In allen drei Feiertagen
Hoffmanns Norddeutsche Sängers
Unterm Weihnachtsbaum.
Am 2. u. 3. Feiertag noch d. Vorstellung: **Tanzkränzen.**
Am Silvester-Abend: **Silvester-Mil.**
Vorstellung und Ball.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Heute Dienstag:
Militär-Konzert
Elisabeth G.-Gr.-Reg. No. 3 (Herr Brinkmann).

Wilhelm Krügers Restaurant

Raunauerstr. 6.
Am 2. und 3. Feiertag Familien-abend in musikalischer Unterhaltung.
Eintritt frei. [84 Pf.] Tanz frei.

Damen-Uhren,

verfallene (großartige Gelegenheiten) hochmoderne Muster, goldene 12,00 an. 125/9*
Herren-Uhren 14far. Gold 50,—
Silberne Uhren 6,— R.
Fahrräder, Brillantringe, verfallene, alles spottbillige hochfeine Weihnachtsgaben.
Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11. I.

Deutsche Konzerthallen

Spannauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: 8 Uhr. Sonntags: 7 Uhr.
Eintritt frei!
5 Künstler-5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstraße 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Dezember-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Konkursmassen-Ausverkauf

Winterfeldtstrasse 7.
Paletots, Joppen, Anzüge, Hosen für Herren und Knaben.
Schlafrocke, Mäntel, sämtliche Arbeitsachen.
Die Gas- und Ladeneinrichtung ist zu verkaufen. Der Laden zu vermieten.
427*

A. Rosenberg,

Landesberger Str. 82.
Anerkannt reell und billig.
Teppiche haltbare Qualität
120/180 R. 3,10—7,50, 120/200 R. 5,60 bis 13,50, Velours und andre prima Qualitäten, auch Salongröße, bis 3,50x4,50 groß, von R. 17,50—72,00, sonstiger Preis 40% teurer.
Gardinen weiß u. creme R. 2,00, 2,50, 4, 6, 50—12,00.
Stores auch in Spacht. u. G. 50 Pf. R. 1,50 bis 9,50. Portieren in Tuch, Wollstoff und Wolle R. 1,75, 3,50, 8,50—12,50. Plüsch-Tischdecken R. 5,00, bestickt R. 8,50. Stoppdecken, Seide, Wolle und Seiden-Gatin R. 4,50, 6,00, 7,50 bis 12,50. Ein grosser Posten Läuferstoffe, Reste von 3, 4, 5 bis 10 Meter lang 1* für die Hälfte des Preises.

Moritz Loewenberg,

Münzstr. 23a
und Tauenzienstr. 20
sein großes Lager in selbstgefertigter
Herren-Wäsche sowie **Krawatten, Hüten, Handschuhen, Trikotasen** usw. bei bekannt billigen aber festen Preisen.
Gegründet 1886.

Für 20 Mark

fertige, wer selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Anhalten. Weyer, Rosenbalerstr. 6/7. Amt III 8521.

Ungar-Weine, Dessert-Weine

der deutschen Central-Boheda, vorzüglicher Qualität, direkt bezogen, wie süßere Ober-Ungar, Ruster, Menezer, Hanyady, Ofener, Erlauer, insbesondere
Medizinal-Ungarwein
chemisch untersucht, empfiehlt zu billigen Preisen
Clara Adler, Wrangolstr. 91.

Billige Ch., Ruds., Dances- und Weihnachts-Mepfel

u. 8—25 Pf. pr. Pfd. im Einzelnen und in Vollen.
Linienstrasse 217.
Fritz Wilke, Nähe Schönhauser Th., 2. Bredenshammer zu vergeben.
Billig! Billig!
Nur für 1902
Händler u. Wiederverkäufer!
Weihnachts- u. Neujahrs-Postkarten in Kollektionen.
L. Cohn, 42. Grenadierstr. 42 im Laden.
Verfallene Pfänder zum Weihnachtfest. Gold, Brillanten, etc., gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, in spott. verk. Mandl. Ringenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Dr. Schünemann,

Specialarzt für Haut, Garm- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12—1/3, 1/4, 6—1/8, Sonnt. 9—11.

Kaufe bei Jandorf.

? Kennen Sie unser Rabatt-System?

Belle-Alliancestrasse 1/2, Spittelmarkt 16/17, Gr. Frankfurterstrasse 113. Heute bis 10 Uhr Abends geöffnet.

- Spielwaren
- Baumschmuck
- Pfefferkuchen
- Herren-Artikel
- Handschuhe
- Bücher
- Pelzwaren
- Kleiderstoffe
- Schürzen

Weihnachts-Prämien

für die Abonnenten des „Vorwärts“.

Zu unseren früher erschienenen Kunstblättern in Kupfer-Radierung, auf chinesischem Papier, 85×65 cm gross, **Marx und Engels**, haben wir jetzt als Mittelstück hinzugefügt

Lassalle - Radierung,

Knietück, nach der einzigen in New York befindlichen Originalphotographie. Um diese Kunstblätter, die im Kunsthandel nicht unter 15—20 Mk. geliefert würden, auch den Arbeitern zugänglich zu machen, liefern wir **diese 3 Radierungen Marx-Lassalle-Engels zum Vorzugspreise von 7,50 Mk.** (statt Mk. 12,—)

Denjenigen Abonnenten, welche bereits in den Vorjahren die beiden Radierungen Marx und Engels bezogen haben, liefern wir auf Wunsch **Lassalle-Radierung zum Vorzugspreise von 2,50 Mk.** (statt Mk. 4)

Ferner liefern wir unsern Abonnenten zum Vorzugspreise von Mk. 5,— (statt Mk. 6,—) die herrliche Kupfer-Gravüre

Die Freiheit führt das Volk

auf Chinapapier (95×72 cm), nach dem Gemälde im Pariser Couvre von Delacroix. **Sämtl. Radierungen, auch die Porträts Behel, Liebknecht, Singer in gleicher Ausführung zum Preise von à Mk. 1,50,** sind durch die **Expedition, Lindenstr. 60,** sowie auf Bestellung auch durch die Partespediture zu beziehen.

H. Heine's poetische und dramatische Werke
Reich illustriert. Herausgegeben von G. Karpelès
Preis 2 Mark. * Porto 50 Pfg., für Berlin 20 Pfg.

Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“
Lindenstrasse 69, Caden.

Im Uebrigen halten wir bestens empfohlen unser reichhaltiges Lager in Weihnachtbüchern und Festgeschenken.

Christbaumschmuck

Billigste Bezugsquelle
nur für Wiederverkäufer und Händler.
G., Lindenstr. 217 I, Ecke Rückers-
strasse, O., Scharrnweberstr. 74 I.

Preise
streng fest!

Riesen-
Auswahl.

Kaufhaus

Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2

(Nähe Bahnhof Börse und Hackeschen Markt).

Bekannt
Billig und Gut!

Herren- und Knaben- Garderobe

Winter-Paletots v. Mk. 12—48
Lodenjoppen 5—20
Herren-Jackett-Anzüge 12—50
Herren-Rock-Anzüge 24—60
Herren-Gehrock-Anzüge 29—60
Beinkleider 2.50—15

Schuhwaren für Damen, Herren u. Knaben

Herren-Stiefel von Mk. 5.50—18.50
Herren-Schuhe 3.90—10.50
Damen-Stiefel 3.90—14.00
Damen-Schuhe 2.75—8.75
Knaben-Schuhe u. Stiefel v. Mk. 3.50—6.90
Kinder-Schuhe 2.50—7.75

Anfertigung nach Maass.

Burschen-, Jünglings- und
Knaben-Paletots,
Anzüge
und Joppen

enorm
billig.

Grosse Auswahl in
warm gefütterten Schuhen,
Stiefeln
und Pantoffeln

sehr
billig.

Garantie-
Scheine.

Rabatt-
Bücher.

14

Mk.

Damenketten

1 Treppe

massiv Gold gestempelt. **Echte Brillant-Ringe** (nicht Diamant) 14 Kar. Gold gestempelt, 6 Mk.

Geogr. 1866. **Aug. Klinzing, Berlin C., Gertraudenstr. 23,** vis-à-vis der Petrikirche.

Kein Laden.

Hermann Howe & Co.,

Berlin, Gr. Frankfurterstr. 39, am Straußberger Platz.
Empfehlen ihr reichhaltiges Lager aller
Musik-Instrumente, Musikwerke, Guitarr-Zithern,
Phonographen, Harmoniums.
Reparaturen für sämtliche Instrumente. 57942*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,

Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Specialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 771*



Dieser schwarze steife Hut mit Fütter kostet 2 Mark.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark, mit Atlasfutter 2 Mark.

Oscar Arnold

Grösstes Specialgeschäft
Engros. für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export.
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden).
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Echte Patzenhofer Biere

Patzenhofer Hell } 30 Fl. { 1/4 T. M. 3.00
Patzenhofer Marine } 3 M. { 1/4 T. M. 3.25
Patzenhofer Dunkel } 3 M. { 1/4 T. M. 3.50
Patzenhofer Crystall 28 Fl. 3 M. 1/4 Hl. M. 3.00

Gefällige Bestellungen an

Patzenhofer Brauerei

NO. Landsberger Allee 24/27
Telephon VII, 2200 u. 5533.
NW. Strom-Strasse 11/16
Telephon II, 127 und 676.



Pland pro Flasche 10 Fl.

Häusliches Geburtstags- u. Weihnachtsgeschenk. Der Retter in der Not

und der denkbar nützlichste und unentbehrlichste Gegenstand im Hause ist für Jedermann eine komplett eingerichtete **HAUS-APOTHEKE.**



Nach liefert ein sauber angefertigtes Wand-Schränken, auch zum Sitzen geeignet, für jedes Zimmer passend ca. 50 unentbehrliche notwendige Hausmittel, für längere Zeit hinreichend, enthaltend: zum Einreiben, Baden, Gurgeln, Inhalieren, gegen Kopfschmerzen, erkrankte Glieder, Magenbeschwerden, Brandwunden, Diarrhoe, Husten, Injektionsflüssigkeit, Wunde, Binden, Spritzen etc. mit genauer alphabetischer Gebrauchsanweisung und Inhaltsverzeichnis zum aussergewöhnlich billigen Vorzugspreise von nur **pro Stück mit** **Mk. 10,00** bei Entnahme v. 2 St. a St. **9,50** **9,00** (ersch. Porto, inkl. Versand und Nachz.)
Nur durch Massenfabrikation kann dieser sehr billige Preis gewahrt werden; einzelne Schränken sind auch nicht annähernd zu diesen billigen Preisen herzustellen. Bei den mannigfachen kleinen Nüssen und Krankheiten, die täglich vorkommen, bildet diese Hausapothek für Jedermann einen wahren Segen. — Für Familien, die entfernt vom Arzt und der Apotheke wohnen, von allgeringster Wichtigkeit!
Als Geschenk vorzüglich zu empfehlen.
Die Aufträge erbitte frühzeitig, denn vor Weihnachten werden tausende von Apotheken verhandelt und der Reihe des Eingangs nach erledigt. 56902*

Fritz Ohlendorf, Quedlinburg a. Harz 38.
Fabrikation, Export-Engros-Haus.
Vertreter und Vertreterinnen gegen hohe Provision gesucht.

Grösstes Lager aller Arten
Uhren und Goldwaren
sowie
Hochzeits- und Patengeschenke
in Silber und Messing von den einfachsten bis zu den elegantesten.
Massen-Auswahl
in sämtlichen Gattungen. Specialität: **Cybal- und Farbschne. Regulateure** und Feilschwinger mit Schlagwerk von 14 Rr. an. 632*
Remontoir-Uhren von 5 Rr. an.
Goldene Ringe von 1,25 Rr. an.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112,
Revisprechter Amt III, Nr. 6560.

Max Voigt, vormals Franz Haupt

Hutmacher
145, Gr. Frankfurterstr. 145.
Engros. Gr. Special-Herrenhutgeschäft des Ostens. Detail.
Empfehle mein mit vollständig neuen Warenbeständen versehenes Lager. Hüte von M. 2,— an in selbstamer Form und guter Qualität. Cylinder, Chapeau claque, Mützen, Schirme, Stöcke in großer Auswahl, von den billigsten bis zu den besten Sorten zu erstaunend billigen Preisen.

Jos. Gremmer's Wwe.
Landshut, Bayern.
Erste und älteste
Brasiltabakfabrik
Brasilchnupftabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 150 und Mk. 130. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf
Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. BERLIN O. Frankfurter Allee 89.

Als passende Weihnachtsgeschenke

empfehle ich:

Kleiderstoffe

in enormer Auswahl.

Seidenstoffe

in enormer Auswahl.

Ball- u. Gesellschaftsstoffe

in enormer Auswahl.

Damenhemden

aus Renforce und Hemdentuch.

Kinderhemden

Renforce und Haustuch.

Herrenhemden

Madapolam und Chemise.

Herren-Oberhemden

Renforce und Chemise.

Kragen und Manschetten

5fach Leinen 4fach Leinen.

Seidene Herren-Cachenez

neueste Dessins.

Handtücher

Wischtücher

Staubtücher

**Hemdentuche
Piqué-Barchende**

Louisiana-Bett-Inletts

**Renforcé- und Mako-Tuche
Bett-Satin und Züchen**

**Wollene Normal-
Herren-Unterhosen**

**Wollene Normal-
Herren-Unterhemden**

**Wollene
Herren-Strümpfe**

**Wollene Normal-
Damen-Beinkleider**

**Wollene Normal-
Damen-Unterhemden**

**Wollene
Damen-Strümpfe**

Axminster Teppiche

Velour-Teppiche

Brüsseler Teppiche

Tischdecken

Steppdecken

Chaiselongue-Decken

Läuferstoffe

Stores und Gardinen

Wachstuche

Reisedecken

Portieren

Schlummer-Kissen

Ein enormer Posten

Pelzwaren

für die Hälfte des regulären Wertes.

Regenschirme

Bielefelder
Taschentücher

Bunte
Taschentücher

Die besten, billigsten Schlafröcke

Unübertroffen reichhaltige Auswahl in Façons und Webarten. Weiche, mollige, dicke, flauschige, veloursartige Stoffe mit den verschiedensten Besätzen



30.— 27.—
21.— 18.—
15.— 12.—

8 Mark
50 Pf.

Morgenröcke für Herren, Double u. Veloursstoffe mit schönen Besätzen 24.—, 18.—, 12.—, 7 Mark 50

Baer Sohn

Special-Haus grössten Maassstabes
Chaussee-Strasse 24a/25 11 Brücken-Strasse 11
Gr. Frankfurter Str. 20.
Die 20^{te} Preisliste 1902/1903 kostenlos und portofrei.

Schmidt macht's doch.

Da nützt kein Schreien einer wütenden Konkurrenz, welche das Publikum täuscht, indem sie behauptet, sie gibt etwas umsonst. Niemand gibt etwas umsonst.



Zu Weihnachten

gibt es kein schöneres Geschenk als einen Phonographen. Damit in jeder Familie Weihnachten eitel Freude ist, verkaufe ich

diesen Phonographen mit 12 Walzen mit den besten Aufnahmen bespielt zu 12 Mark.

Auch liefern wir Phonographen und Grammophone bei mässiger Anzahlung an Jedermann auf Teilzahlung.

E. Schmidt, Fabrik Berlin SW., Ritterstr. 75, Quergebäude. Der Verkauf findet direkt in der Fabrik statt.

Albert Marquard

Berlin, Neanderstrasse 26
Weingrosshandlung u. Likörfabrik
empfehlen seine gut gepflegten
Bordeaux,
Rhein- u. Moselweine
sowie
Medic. Ungarwein
unter Garantie der Reinheit.
feinst. Rum per Ltr. 1,50-5,50
" Arrak " 1,50-3,50
" Cognac " 1,50-6,00
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch
per Ltr. 3,00 u. 3,50,
feinen Punsch, Grog- und
Strohwein-Extrakt
per Ltr. 1,60-2,50.

Stempel-Fabrik
von 1837
Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranichstr. 142.
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Kauschut-Typen, Perle-
zum Zusammenheften einzelner Blätter
sowie ganzer Bücher von 1,50 M. an



Das Richtigsehen

ist für jeden Menschen von grösster Bedeutung, umso mehr aber für denjenigen, dessen Augen durch anstrengendes Sehen übermässige Anspannung erlitten haben. Jeder Brillenbesitzer, ob weit-, kurz-, oder überichtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augenpaares darauf achten, dass ihm dieses auch genau passt. Das ausserordentliche Institut für Brillen-Optik von

Carl Buttendorff, in Firma Ernst Riek,

Berlin N., Weinbergsweg 15b

(O. Baden vom Rosenfelder Thor)
steht jedem Käufer Gewähr für richtiges Anpassen aller Augenpaares.
Stahl-Brillen und Pince-nez v. Mk. 1,00- 3,50
Nickel " " " " " " 1,50- 4,00
Doppel- " " " " " " 3,50-13,00
Gold- " " " " " " 8,00-40,00

Zu Weihnachten-Geschenken empfehle ich als Spezialität: Theater- und Reise-Perspectiven mit nur schwarzen u. achromatischen Gläsern u. Pr. 4,50-60,00.
Bitte genau auf Firma und Haus-Nr. 15b achten.

Bruch - Pollmann

empfehlen seine Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt.
Elektro- u. Licht-Krankenlöffeln.
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.

NR. Alle Bruchbänder mit elastischen Verfügen, angenehm und weich am Körper.

Dr. med. Schaper
hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten,
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1.4-7.

Die schönsten Herren

Valcois, Mäntel, Joppen in neu, sowie speziell
Wionatsgarderobe
von Kavaliere zurückgelegte
Sachen, fast neu, für jede Figur
passend, sind in grösster Auswahl
sowie zu hundert billigen Preisen
zu haben.

J. Wand,
nur Prinzenstrasse 17,
an der Wasserthorstrasse.
Bitte auf Hausnummer zu achten!



Sozialdemokrat. Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Vortrager

Julius Schramm

am 19. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, den 23. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Bellemannstrasse 17 aus nach dem Friedhof des Reichstags statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
256/20 Der Vorstand.

Santa Lucia Kraft-Rotwein,

derselbe (schon) angedeutet und ist der ständigen Kontrolle des Laboratoriums des Reichstags-Mitglieds Dr. G. Bischoff unterstellt.
Fl. 1,50 u. 2,00 M.
Käuflich in Apotheken, Droguen- und Delikatessgeschäften.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.



Port- u. Ungarweine gut u. billigst
Carl Schindler, Chaussee-Strasse 55.

Orts-Krankenkasse der Berggolder und Berufsgenossen.

Dienstag, den 30. Dezember 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Prälaten, (Alexanderplatz) Bogen 9:
Wahlversammlung der Arbeitgeber, wozu sämtliche Arbeitgeber, welche Beiträge aus eignen Mitteln leisten, eingeladen sind.
Tagesordnung:
Wahl von 94 Vertretern für das Jahr 1903.

Montag, den 5. Januar 1903, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5:

Ausserordentliche Generalversammlung,

wozu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergebnislos eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
1. Beschliessung über die Abänderung des Statuts durch den Bezirksausschuss 2. Verschiedenes.
Vertreterliste legitimiert.
Der Vorstand:
F. Nicolai, J. Assmann,
Vorstandender, Schriftführer.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 21. d. M., morgens 9 1/2 Uhr, verstarb nach kurzem Krankenlager mein ungeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Volkswirt

Hermann Wernicke

im 42. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Dezember (1. Weihnachtstag), nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstr. 34, aus statt. [1242]
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Charlottenburg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, dass unser Mitglied seit Bestehen des Vereins und jetziger Kassierer, der Volkswirt

Hermann Wernicke

am Sonntag, den 21. Dezember, nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Dezember, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstr. 34, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Charlottenburg. 4. Kommunal-Wahlbezirk.

Allen Genossen des 4. Bezirks hierdurch zur Nachricht, dass unser langjähriger Genosse

Hermann Wernicke

nach kurzem Leiden am Sonntag, den 21. d. M. plötzlich verstorben ist. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Dezember, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause Bismarckstr. 34 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
204/3 Der Bezirksführer.

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 21. d. M., verstarb plötzlich am Herzschlag unser Mitglied, der Kollege

Hermann Wernicke

im Alter von 42 Jahren.
Die Beerdigung findet am ersten Feiertage, nachmittags um 1 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstr. 34, nach dem neuen Kirchhofe, Fürstenbrunner Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/7 Der Vorstand.

Gesang-Verein „Vorwärts“, Charlottenburg. (M. d. N. S. B.)

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser langjähriger Mitglied, der Sangesbruder

Hermann Wernicke

am Sonntag, den 21. Dezember, plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 25. Dezember (1. Weihnachtstag), nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause Bismarckstr. 34 aus statt.
235/1 Der Vorstand.

Gesang-Verein „Geselligkeit“ (M. d. N. S. B.)

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Sangesbruder

Hermann Wernicke

am Sonntag, den 21. Dezember, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 25. Dezember, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause Bismarckstr. 34 aus statt.
66/11 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Nach langen schweren Leiden verstarb am 20. Dezember meine liebe Frau

Bertha Alberts

geb. Danitz
im Alter von 52 Jahren.
Dies zeigen tief betrübt an
Wilhelm Alberts und Tochter.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 23. Dezember 1902, nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause Schönhauser Allee 84 aus statt.

Am Sonntagabend früh 8 Uhr verschied am Herzschlag unser lieber und treuer Kollege, der Schriftföhrer

Louis Auerbach

im 56. Lebensjahre. Sein jederzeit beständiger kollegialer Sinn nähert ihm bei uns ein dauerndes Andenken. 1161b
Das Personal
der Buchdruckerei H. S. Normann.
Die Beerdigung findet am Dienstag, 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Central-Friedhofes in Friedrichshelde statt.

Wurms Magendoctor ist das Beste für den Magen

Hiervon überzeugt Sie das treffliche botanische Wurmkunstblatt und die beglaubigten ärztlichen Atteste, welche Sie in den Niederlagen erhalten, besonders aber der regelmässige Gebrauch. Er ist

wohlschmeckend.

Die Feiertage stellen nun ausserordentliche Ansprüche an den Magen. Ein schlechter oder verdorbener Magen stört die Freude. Da ist es denn sehr gut, einen

„Magendoctor“

in der Form eines angenehmen Genussmittels im Hause zu haben!
Für Jedermann einige Flaschen „Wurm“ sind dabei

ein nützliches und willkommenes

Festgeschenk.

Dieses wird noch gehoben durch Zugabe einiger der so beliebten Original-Wurmgläschen.



pro Stück
10 Pfg.
in den
Verkaufs-
stellen.

pro Stück
10 Pfg.
in den
Verkaufs-
stellen.

